

# Zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen im Landkreis Deggendorf

Ein Beitrag zur Ausstellung „In Bayern angekommen“<sup>1</sup>

*Johannes Molitor*

Im Landkreis Deggendorf, in der Stadt Deggendorf angekommen – für viele Menschen hat das während und nach dem Zweiten Weltkrieg gegolten: Für Evakuierte, Flüchtlinge und Heimatvertriebene<sup>2</sup>, für ausländische „Displaced Persons“, Zwangsarbeiter, für Tausende Soldaten der Wlassow-Armee, die in Plattling auf ihre Auslieferung an die Sowjetunion warteten<sup>3</sup>. „In Deggendorf angekommen“ waren schon vor dem Mai 1945 zurückgekehrte Soldaten und Verwundete, die in den Lazaretten der Stadt lagen<sup>4</sup>, und dann später die jüdischen Überlebenden aus Theresienstadt<sup>5</sup>.

## Vor dem Ende des Weltkrieges

Am 1. September 1944 lebten allein in der Stadt Deggendorf 849 Evakuierte aus „verschiedenen fliegergeschädigten Großstädten (Berlin, München etc., zum Teil auch im Rahmen der Verwandtenverschickung)“, dann noch 340 aus Hamburg, neun aus Wien und 23 aus Augsburg, zusammen 1221<sup>6</sup>. Deshalb stellte der Bürgermeister fest, daß es für die Stadtverwaltung „bei bestem Willen nicht mehr möglich (ist), weitere Zimmer für irgendwelche Zwecke zur Verfügung zu stellen“<sup>7</sup>. Er sollte bald sehen, daß diese Zahlen um ein Vielfaches vermehrt würden. Am 1. November berieten Bürgermeister-Stellvertreter Weiß, Beigeordneter Badmann, acht Ratsherren, sechs „Zellenleiter“ sowie mehrere städtische Angestellte über das „wichtigste Problem der Stadt“, die Unterbringung der „Umquartierten“, wie die ausgebombten Evakuierten offiziell bezeichnet wurden, und weiterer Menschen, die mehr oder weniger zufällig nach Deggendorf kamen: 69 Offiziere, Stabshelferinnen, Ingenieure und Geschäftsführer der hierher verlegten „kw.“ (kriegswichtigen) Betriebe und 290 Personen sollten noch aus dem Rhein- und Saarland eintreffen. Das hätte die Zahl der „Umquartierten“ oder „Rückgeführten“, wie diese Menschen auch genannt wurden, auf ca. 1700 erhöht<sup>8</sup>. Dabei war Deggendorf nach den Belegungszahlen des Statistischen Reichsamtes vom Juni 1944 schon damals prozentual die „grösstbelastete“ Stadt des Gaues Bayreuth<sup>9</sup>. Man beschloß, ab dem 4. November eine „Erfassungskommission“ zu bilden, welche die mögliche Unterbringen regeln sollte.

Eine Tagebuchaufzeichnung eines unbekanntenen Verfassers im Stadtarchiv Deggendorf nennt für die unmittelbare Zeit vor Kriegsende genaue Zahlen: am 15. März lebten 2345 Deutsche, acht Volksdeutsche und 132 „Fremdvölkische“ (zusammen 2485) in Deggendorf. Am 5. April waren es 3599 Personen und am 11. April erhöhte sich die Zahl auf 3715<sup>10</sup>.

In den erwähnten Tagebuchaufzeichnungen lesen wir<sup>11</sup>:

*Seit dem 19./23.02.1945 rollen die Flüchtlingstransporte aus dem vom Feind bedrängten Ostpreußen und Schlesien. Die Stadt ist mit überörtlichen und einheimischen Kommissionen fortlaufend daran, die notwendigen Quartiere zu schaffen. ... Für Deggendorf Stadt allein ist mit einer festen Zuteilung von mindestens 2000 aus den Notgebieten Umquartierten zu rechnen. Diese Zahl kann sich auch auf das Doppelte erhöhen.*

01.03.1945

*Der Flüchtlingsstrom in unserer Stadt geht unaufhörlich weiter. An Stelle von bisher 2000 Evakuierten sollen nun 4500 für die Stadt bestimmt sein. Da die Wohnungserfassung auf Grund der gegebenen Richtlinien wieder überholt ist, werden heute (02.03.1945) neue Kommissionen ... gebildet.*

13.04.1945

*Heute sind die ersten Trecks-Fahrkolonnen mit Pferdegespann hier eingetroffen, die auf dem Stadtplatz Aufstellung nahmen. Es handelt sich um zirka 180-190 Personen und 43 Fuhrwerke. Die Einzelpersonen bezogen Notquartiere in Sälen der Volksschule und im Gasthaus der Schießstätte<sup>12</sup>.*

16.03.1945

*Heute sind wieder 28 Trecks eingetroffen und haben am Oberen Stadtplatz Aufstellung genommen. 360 Personen werden in den 3 Massenquartieren (Volksschule, Gasthaus Schießstätte und Gasthaus Gabereder) untergebracht. Durchgeschleust werden somit 360 Personen, 28 Wägen und 46 Pferde. Die nächtliche Bewachung obliegt der I. Kompanie des Volkssturmes Bataillon Deggendorf.*

16.03.1945

*Heute haben am Oberen Stadtplatz 40 Pferdegespanne (jeweils 2 Pferde) Aufstellung genommen. Dem Treck gehören 170 Personen an. ...*

01.04.1945

*Im Zuge der Rückführung wurde das Ungarische Kriegsministerium ... in einer Stärke von 700 Personen mit dem gesamten Stab, in das Kloster der Benediktiner nach Metten verlegt<sup>13</sup>.*

07.04.1945

*Ab heute ... wird der Oberbefehlsstab des Ersatzheeres mit dem gesamten Stab, OKH nach Deggendorf in die Riga-Kaserne verlegt.*

Ein seltenes Foto aus dieser Zeit zeigt einen dieser Trecks auf dem Oberen Stadtplatz (vgl. Abb.). Es wurde offensichtlich vor Kriegsende aufgenommen, zeigt es doch im Vordergrund links einen an zwei Krücken gehenden Wehrmachtangehörigen in Uniform.



Flüchtlinge auf dem Oberen Stadtplatz in Deggendorf kurz nach Kriegsende, Bildarchiv Martin Regner

## Nach dem Ende

Im gesamten Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz zählte man im Oktober 1945 300 bis 400 Tausend Neuangekommene, die hier unter „unerträglichen Verhältnissen“ lebten. Insgesamt nahm Bayern unmittelbar nach dem Krieg rund zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene auf. Wenn Deggendorf auch keine großen Kriegsschäden aufwies<sup>14</sup>, war die Stadt „bis an die Grenze der Aufnahmefähigkeit“ überfüllt. Nach Kriegsende kamen noch zahlreiche Ausländer nach Deggendorf, die hier auf die Rückkehr in ihre Heimat warteten<sup>15</sup>. Eine Amtliche Mitteilung vom 13.12.1946 nennt für Deggendorf 5448 Flüchtlinge und Evakuierte sowie 2485 Ausländer<sup>16</sup>. Noch 1947 zählte man im Landkreis rund 26 000 Nicht-Einheimische, darunter rund 1500 bayerische und 3000 nicht-bayerische Evakuierte, 6000 Flüchtlinge, 6000 Ausländer; im nächsten Jahr waren 43,5 Prozent aller Deggendorfer sog. Neubürger, während sie im Landkreis nur 25 Prozent ausmachten<sup>17</sup>. Die Einwohnerzahl der Stadt war von 11 155 im Jahre 1939 auf 16 838 (1946), 18 059 (März 1947), 17 905 (März 1948) bzw. 17 002 (1949) gestiegen<sup>18</sup>.

Am 22. Juni 1945 wurde der weitere Zuzug nach Deggendorf untersagt: Die immer größer werdende Wohnungsnot, die äußerst schwierige Ernährungslage und die schlechte Arbeitslage erzwangen eine „Einschränkung der Freizügigkeit“<sup>19</sup>. Das Städtische Wohnungsamt wurde am 18. Mai ermächtigt, im Rahmen der Wohnungszwangsbewirtschaftung Wohn- und Geschäftsräume zu besichtigen und zu beschlagnahmen. Jeder freie Wohnraum war zu mel-

den<sup>20</sup>. Schon am 25. Juni 1945 sollten sich bayerische Heimkehrer bereithalten, um in ihre Heimat zurückzukehren, doch bei der fehlenden Infrastruktur war dies oft nicht möglich. Noch Ende August wurde die Ankündigung wiederholt, die deutschen Flüchtlinge würden sobald als möglich mit Zügen in die „Hauptstadt“ der Regierungsbezirke, in der sie gewohnt hatten, zurückgeführt<sup>21</sup>. Wenn auch viele Tschechen, Polen, Österreicher in ihre Heimatländer zurücktransportiert wurden (vgl. das Plakat vom 28. Juli 1945), stand die Verwaltung vor fast unlösbaren Problemen. Die Umsiedlungen, z. B. in die französische Zone, oder die Abwanderung in Gegenden mit besseren Arbeitsbedingungen begannen erst Jahre später<sup>22</sup>. Für die Stadt war das jedoch auch keine große Entlastung: „Die amtliche Umsiedlung hat versagt. Von 134 Anträgen für 448 Personen wurden 1951 nur 28 (mit 95 Personen) genehmigt“, stellte der Verwaltungsbericht der Stadt im März 1952 fest<sup>23</sup>.

Wie konnte für Unterbringung, Ernährung, Gesundheitswesen oder gar neue Arbeitsplätze von so vielen Menschen gesorgt werden?

Die ausführenden Organe für die Durchführung aller die Flüchtlinge betreffenden Maßnahmen waren die 166 bayerischen „Flüchtlingskommissare“ („Flüko“). Ihnen standen etwa 3000 Verwaltungsangestellte zur Verfügung. Da „im anfänglichen Chaos“ an eine geordnete Handhabe nicht zu denken war, gab es immer wieder Klagen von Alt- wie Neubürgern. Verschiedene Gesetze sollten die Eingliederung erleichtern, z. B. das „Flüchtlingsnotgesetz“ vom Dezember 1945, das die Ausstellung der „Flüchtlingsausweise“ regelte, die Voraussetzung für den Bezug von Lebensmitteln und Bezugsscheinen<sup>24</sup>. Der erste Deggendorfer Flüchtlingskommissar war Dr. Rudolf Kraus, der am 28. Februar 1946 offensichtlich auf Grund von Intrigen und Beschwerden der Einheimischen abgesetzt und verhaftet wurde und elf Monate in Untersuchungshaft kam<sup>25</sup>. Landrat Chrambach ernannte darauf Walter Scooler zum Flüchtlingskommissar, dem dann Martin Müller folgte. Auch dieser hatte mit Problemen zu kämpfen: Es gab im Juli 1947 Beschwerden der KPD, SPD und der Gewerkschaften. Er habe z. B. dem früheren Bürgermeister und jetzigen Landtagsabgeordneten Andreas Maderer zwei Wohnzimmer überlassen „gegenüber dem grenzenlosen Wohnungselend der Flüchtlinge“<sup>26</sup>. Am 22. Juli 1947 wurde Müller von Deggendorf nach Regen abberufen. Über die Neubesetzung der Stelle wurde vorerst nicht entschieden. Im September wurde das Flüchtlingswesen neu organisiert. Die Neuerung sah „eine Parallelschaltung des gesamten Dienststellenkörpers mit dem staatsbehördlichen Verwaltungsapparat vor...“. Auf Kreisebene gab es neben dem „Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen“ (früher: Flüchtlingskommissar) noch einen von den Parteien vorgeschlagenen Kreisflüchtlingsausschuß. Zum neuen Kreisbeauftragten wurde im September 1947 der Industriekaufmann Egon Lorenczuk aus Stephansposching bestellt<sup>27</sup>. Für Deggendorf wurde am 1. April 1949 ein eigenes Flüchtlingsamt errichtet, das außer dem Leiter mit drei Angestellten besetzt war. Damals kam auf drei Einheimische ein Flüchtling und 800 Wohnungssuchende bemühten sich um eine Bleibe: „Amt der Tränen“ wurde das Wohnungsamt genannt<sup>28</sup>.

## Die allgemeine Situation

Im November 1945 waren zwar die wichtigsten Straßen und Brücken wieder benutzbar, doch es herrschte ein außerordentlich großer Mangel an Gebrauchsgütern, und die Bauwirtschaft konnte lediglich alte Wohnungen herrichten – Neubauten waren vor dem Wintereinbruch untersagt<sup>29</sup>.

Die Schulen waren überfüllt, viele Lehrer waren entlassen worden: 1946 mußten 50 Prozent mehr Schüler unterrichtet werden. In der Knabenvolksschule wurde für 1200 Schüler Schichtunterricht in 22 Abteilungen gehalten – das sind im Durchschnitt 55 Schüler pro Klasse; in der Mädchenvolksschule waren es 1947 fast 1100 Schülerinnen; in 13 Klassenzimmern mußte für 19 Abteilungen Schichtunterricht gehalten werden. Die Oberrealschule besuchten statt der gewohnten 450 nunmehr 990 Schüler. Ein Schulneubau wurden „ernstlich im Auge behalten“, doch das Geld dazu fehlte<sup>30</sup>.

Immer wieder mußten die Bauern an ihre Ablieferungspflicht erinnert werden – das ging sogar so weit, daß angedroht wurde, man würde sie enteignen und ihre Höfe würden an „Neubürgerbauern“ übergeben<sup>31</sup>. Das förderte nicht gerade eine positive Einstellung gegenüber den Flüchtlingen.

In der Zeitung konnte man im Januar 1947 lesen: Die Menschen üben bis zum Überdruß die Steigerung „arm, ärmer, am ärmsten; kalt, kälter, am kältesten, dunkel, dunkler, am dunkelsten“. Der Tätigkeitsbericht der Stadtverwaltung für das Haushaltsjahr 1946 war überschrieben: „Aus dem Jahrbuch einer aufbauwilligen Stadt. Viele Lasten und Sorgen und nur wenige Freude“. Das Jahr 1946 wurde „als Jahr der Liquidierung, aber auch des Beginnes eines langsamen Wiederaufbaus“ mit großen Belastungen durch die Kriegsfolgen bezeichnet. Als wichtigste Probleme führte Bürgermeister Schneider neben der Schul-situation die elementarsten Bedürfnisse zum Überleben an: Ausgaben für die Wohlfahrt, die Arbeit der Kartenstelle und die Versorgung mit Brennholz<sup>32</sup>.

Es fehlte überall am Notwendigsten. Ein Plakat appellierte am 27. Mai 1945: „Die geschädigten Volksgenossen bedürfen der Hilfe und Unterstützung aller, die das Glück hatten, das meiste ihrer Habe in die jetzige Zeit hinüberzuretten...“. Große Opfer wurden verlangt beim Wiederaufbau der Wohnungen und der Wirtschaft. Jeder sollte helfen: „Arbeitsscheue und Drückeberger schließen sich selbst aus der Volksgemeinschaft aus“ – eine Diktion, die eigentlich mehr an die eben vergangene Zeit erinnerte. Die Stadt rief zu Hilfsmaßnahmen auf: „Es heißt jetzt zusammenrücken, die Geschädigten haben ein Anrecht auf Ersatz, wer 2 Mäntel hat, gebe einem, der keinen hat, ans Werk zum Wiederaufbau unseres Volkes“<sup>33</sup>. Auch im Dezember 1947 appellierte ein Plakat an die Hilfsbereitschaft: „Unsere Neubürger, die Flüchtlinge und Ausgewiesenen sind vor Weihnachten am stärksten betroffen. Benötigt wird alles: Betten, Wäsche, Schuhe, Decken, Strohsäcke, Einrichtungsgegenstände“<sup>34</sup>. „Lindert die Not der Flüchtlinge!“ appellierte ein Plakat der „Flüchtlings-Hilfs-Aktion“ am „Tag der Flüchtlinge“ (1. Juni 1947)<sup>35</sup>. Alte, Mütter und Kinder wurden von der Caritas wöchentlich mit Lebensmitteln versorgt<sup>36</sup>. 1946 betreuten die karitativen und staatlichen Wohlfahrtseinrich-

tungen über 11 000 Personen: Über 156 000 Mark wurden an die Flüchtlinge verteilt, 31 000 an Evakuierte, 17 000 an Ausländer, 66 000 an Kriegsbeschädigte, 63 000 Mark an notleidende Familien. Daneben wurde auch Brennholz und Kartoffeln ausgegeben<sup>37</sup>. Eine Sammlung unter der einheimischen Bevölkerung ergab Weihnachten 1946 ca. 16 000 Mark, im nächsten Jahr schon rund 57 000, eine weitere im gleichen Jahr am „Tag der Flüchtlinge“ über 53 000 und noch einmal über 17 000 Mark<sup>38</sup>.

Die Zeit der Not und Verwirrung war auch eine Zeit menschlicher Tragödien: Viele Flüchtlinge glaubten den Gerüchten, daß sie bald in ihre ostdeutsche Heimat zurückkehren könnten. Im Amtsblatt vom 13. Oktober 1945 konnte man lesen: *Den umgehenden Gerüchten ist kein Glaube zu schenken. Alle Flüchtlinge aus Schlesien, Brandenburg, rechts der Oder, Pommern, Ostpreußen, Polen-Westpreußen können vorläufig nicht zurückkehren und müssen sich für den Winter einrichten, eine irreguläre Rückkehr wird nicht empfohlen.* Im Gegensatz zu den Transporten nach Ungarn, Polen oder Österreich wird es keine Sammeltransporte in die Ostgebiete geben. Ebenfalls im Amtsblatt gab es Suchanzeigen von Flüchtlingen, die Auskunft über den derzeitigen Sitz ihrer Sparkassen in der alten schlesischen oder ostpreußischen Heimat wollten... Im September 1947 erhängte sich der sudetendeutsche Modelltischler August G. in seiner Wohnung am Kleiderschrank: unstillbares Heimweh nach seiner verlorenen Heimat gab er in seinem Abschiedsbrief als Grund an. Und „sensationelle Enthüllungen“ erfuhr die Bevölkerung über die Korruption im Deggendorfer Beschaffungsamt: Ein Angestellter hatte jahrelang Einrichtungsgegenstände, die für Flüchtlinge und die Militärregierung bestimmt waren, auf dem Schwarzmarkt verkauft und wurde, zusammen mit dem Leiter der Kriminalpolizei, dafür gerichtlich belangt<sup>39</sup>.

## Die Schaffung von Wohnungsraum

„Die Wohnraumfrage wurde zum drängendsten Problem“, vor allem als die Alliierten im Herbst 1945 das Eintreffen der Vertriebenentransporte aus der Tschechoslowakei und anderen osteuropäischen Ländern ankündigten<sup>40</sup>. Das galt auch für Deggendorf. Regelmäßig wurde in den Verwaltungsberichten der Nachkriegsjahre „als Kernproblem der Stadt die Überbevölkerung erwähnt und als vordringlichste Aufgabe die Beseitigung der Wohnungsnot anerkannt“. Vor der Währungsreform im Juni 1948 wurden als Ursache für den schleppenden Wohnungsbau die „mangelnde Grundabgabe und Materialknappheit“ genannt, danach „die Schwierigkeiten insbesondere aus der Geldknappheit“, das Ansteigen der Preise und 1951 die Beschaffung der ersten Hypothek<sup>41</sup>. Erschwerend kam kurz nach Kriegsende hinzu, daß die Besatzungsmacht auch 40 Häuser, sieben Gaststätten, fünf Läden und ein Lichtspielhaus beschlagnahmt hatte<sup>42</sup>.

Die Stadt antwortete deshalb schon am 18. Mai 1945 mit der Wohnungszwangsbewirtschaftung, alle freien Räume wurden beschlagnahmt. Jeder Haushalt hatte zwei Bettbezüge bis Pfingstsonntag 18.00 Uhr abzuliefern, bei

Nichtbefolgung wurde mit Wohnungsentzug gedroht. Auf einer Tafel waren am Haus alle Namen der Bewohner anzuzeigen; alle angegebenen Personen mußten nachts anwesend sein (Plakate vom 16.6.1945 und 22.6.1945).

Ende 1946 lebten statistisch gesehen 2,98 Personen in Deggendorf in einem Wohnraum; die Bevölkerung hatte um 4.909 Menschen = 44 Prozent zugenommen, doch nur 31 Wohnungen mit 92 Wohnräumen für 300 Personen waren wegen des großen Mangels und der Kontingentierung an Baumaterial geschaffen worden<sup>43</sup>. Fünf Familien hatten auf eigene Faust mit dem Bauen begonnen. Aus städtischen und stiftischen Gründen hatte die Stadt zwar acht Tagwerk für 36 Bauplätze abgetreten, doch da „nach neuer Mitteilung der Reichsbank“ die Abgabe von Baugrund „nicht unter die laufenden Geschäfte der Gemeinden“ fiel, mußten künftig neue Wege gefunden werden.

In seinem Tätigkeitsbericht über das Jahr 1946 stellte der Stadtrat fest: Da fast keine Mehrung an Wohnräumen eingetreten ist, so kann daraus ersehen werden, wie mangelhaft die Unterbringung vieler Personen ist. *Am schwersten sind dadurch wohl die Neubürger betroffen. Sie einzubürgern, setzt die Schaffung einigermaßen zufriedenstellenden Wohnraums voraus. ... Freilich kann die Stadtverwaltung selbst wenig dazu tun. Sie kann nur die Verpflichtung daraus entnehmen, alle ihre Maßnahmen auf dieses Hauptproblem auszurichten. ... Wir stehen ... erst am Beginn des Wiederaufbaues*<sup>44</sup>.

Neuer Wohnraum sollte auf genossenschaftlicher Grundlage unter Beteiligung der Stadt geschaffen werden. Deshalb wurde am 8. November 1948 die „Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft, Sitz Deggendorf“, gegründet<sup>45</sup>. Die Stadt unterstützte die Genossenschaft durch verbilligte Baulandabgabe<sup>46</sup>, Hergabe von Darlehen und Zuschüssen, Übernahme von Mietbürgschaften, Übernahme der Straßenbaukosten und durch Leistungen des Stadtbauamtes. 1949 waren 70 Wohnungen am Baggerfeld entstanden<sup>47</sup>, eine Gegend, die eigentlich eher für die Errichtung von Villen geeignet gewesen wäre, wie in einer Stadtratssitzung betont wurde. Allerdings geriet die Wohnbaugenossenschaft auch in die Kritik, als sie den Ausbau von sieben Dachgeschoßwohnungen in der Graflinger Straße verhinderte, obwohl es in der Stadt noch Elendsquartiere gab<sup>48</sup>. Bis Ende 1951 errichtete die Genossenschaft 496 Wohnungen, die von der Stadt mit rund 177000 DM gefördert wurden. Daneben unterstützte die Stadt die Errichtung der „Schwerbeschädigten (VdK) Siedlung am Heidegrund“ mit rund 20000 DM<sup>49</sup>.

Im Februar 1949 gründeten „maßgebende Persönlichkeiten“ der Stadt das „Wohnbauwerk Deggendorf“. Es war eine Gemeinschaftsaufgabe der Stadt, der Sparkasse und der öffentlichen Bausparkasse für Bayern, der Bayerischen Gemeindebank München. Eine „liebvolle und sorgfältig zusammengestellte Schau“ über das Thema „Durch Sparen zum Bauen“ im Rathausaal wurde selbst von Schulklassen besucht. Einige Wochen später hatten 54 Interessenten und Förderer schon eine Bausumme von 325000 DM erreicht. Insgesamt sollten Bausparverträge über rund 2000000 DM abgeschlossen werden. Über einen Zeitraum vom 16,5 Jahren mußten monatlich 4,- DM eingezahlt wer-

den. Bis 1952 wurden 22 Verträge zugeteilt, davon für 12 Häuser im Stadtbezirk<sup>50</sup>. Eine große „Wüstenrot-Schau“ lockte 1950 viele Besucher in Deggendorf an<sup>51</sup>.

Um den Wohnungsbau weiter voranzutreiben, beteiligte sich der Stadtrat am 28.2.1952 mit der Stadt- und Kreissparkasse Deggendorf bei der Gründung der „Stadtbau-GmbH Deggendorf“<sup>52</sup>.

## Die Neue Kaserne

Auch auf die vorhandene Bausubstanz griff man bei der Schaffung von neuem Wohnraum zurück. Ursprünglich hatte man gehofft, die Neue Kaserne („Rigakaserne“) für Deggendorfer Wohnzwecke verwenden zu können. Statt dessen wurde sie an die IRO (International Refugee Organization = Internationale Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen) übergeben. 700–800 DP's sollten im Juli 1948 hier untergebracht werden – einige Nachrichten sprachen sogar von weiteren 1500 – was bei der Bevölkerung „wie eine Bombe“ einschlug und „mit Skepsis“ gesehen wurde: „Die Bevölkerung ist beunruhigt und fragt sich, warum es gerade das kleine Deggendorf sein muß, das nochmals einen Beitrag für verschleppte Personen leisten muß, nachdem es bereits trotz größter Wohnraumnot 10 % Ausländer, gemessen an seiner Einwohnerzahl, aufgenommen hat“. Besonders fürchtete man den Schwarzhandel, der in noch größerem Ausmaß hier blühen würde<sup>53</sup>. In einer Bürgerversammlung forderte man 1949 mit Erfolg den Umbau der Neuen Kaserne für Schulzwecke, um das eingesparte Geld für 98 Flüchtlingswohnungen zu verwenden<sup>54</sup>. 1950 waren hier 22 Klassen der Volksschule untergebracht<sup>55</sup>. 1951 wurde die Kaserne dem Bundesgrenzschutz zur Verfügung gestellt. Allerdings lebten hier noch im Oktober 1951 im Block 2 F insgesamt 20 Familien mit 66 Personen sowie 19 weitere Personen in Stallungen. Die Stadt sah sich nicht in der Lage, diese Menschen anderweitig unterzubringen.

Inzwischen war geplant, weitere Displaced Persons aus verschiedenen Lagern nach Ostbayern zu bringen und für sie in Deggendorf auf staatseigenem Gelände zwischen der Alten und der Neuen Kaserne (Graflinger Straße) 48 Wohnungen zu errichten<sup>56</sup>. Dies ließ die Wogen der öffentlichen Empörung hochschlagen. Deshalb verabschiedeten die Städte und Landkreise Deggendorf, Landshut, Passau und Straubing im April 1951 eine Resolution, die sie an den Staatssekretär für das Flüchtlingswesen, Dr. Oberländer, und Ministerpräsident Dr. Ehard sandten<sup>57</sup>. Sie forderten die Politiker auf, sich den Nöten des ostbayerischen „Notstandsgebietes“ nicht zu verschließen und keine weiteren DP's hierher zu verlegen, für die sogar eigene Häuser errichtet werden sollten! Die Grenzgebiete hätten mehr Flüchtlinge aufgenommen als andere Gebiete; sie hätten die meisten Arbeitslosen, und die Infrastruktur (Schulen, Krankenhäuser, Kanalisation) sei nicht ausgelegt für weitere Menschen. Auch sei dem deutschen Steuerzahler und den Flüchtlingen unverständlich, daß für Ausländer, „deren antinationalsozialistische Gesinnung keineswegs erwiesen ist – sonst wären sie sicherlich wenigstens zum Teil in ihre Heimatländer

zurückgekehrt“, Wohnungen mit niedrigen Mieten gebaut würden! Auch würden diese Pläne „bei Ministerialstellen hinter verschlossenen Türen“ behandelt, was in einer Demokratie unverständlich sei. Auch Landrat Heigl schloß sich der allgemeinen Stimmung an: Der Bayerische Wald wird „mit Ausländern vollgepfropft“ zur Entlastung der finanzkräftigen Städte. „Die Gefahr des Ausländertums an der Ostgrenze in politisch kritischen Zeiten dürfte wohl den zuständigen Zentralstellen selbst augenfällig werden“<sup>58</sup>. Trotz dieser Proteste beschloß der Ministerrat das Wohnungsbauprogramm für heimatlose Ausländer. Deggendorf und die anderen Städte erklärten sich mit der Errichtung der 48 Wohnungen einverstanden, wenn Geld für weitere zehn Wohnungen in der Alten Kaserne bereitgestellt würde für „kasernenverdrängte Familien“ und wenn Deggendorf beim Finanzausgleich angemessen berücksichtigt würde. „Im Interesse der Arbeitsbeschaffung und in der Hoffnung einer späteren Entlastung des Wohnungsmarktes“ zogen die oben genannten Städte ihren Einspruch zurück<sup>59</sup>. Das Bundesministerium für Finanzen stimmte darauf dem Bau der Wohnungen in Deggendorf zu, stellte die Haushaltsmittel bereit, und schon am 15. Oktober waren die Wohnungen bezugsfertig. Da jedoch bis dahin nur wenige Berechtigte nach Deggendorf gekommen waren, standen wochenlang 26 Wohnungen leer. Dies war wiederum der Anlaß für öffentliche Empörung: „Ärger mit DP-Wohnungen“ titelte die Süddeutsche Zeitung, waren doch in der Stadt 608 wohnungsuchende Familien registriert<sup>60</sup>. Stadtrat Hagen sprach diesen Menschen aus der Seele, wenn er meinte, die leerstehenden Wohnungen seien ein „Skandal“. Der Leiter der Außenstelle des Bayerischen Landesamtes für Vermögensverwaltung und Wiedergutmachung in Straubing schilderte in einem Schreiben nach München die große Erregung in der Stadt. Man fürchte, die leerstehenden Wohnungen könnten von radikalen Gruppen mit Gewalt bezogen werden: „Die Situation wird als ernst und besorgniserregend betrachtet“<sup>61</sup>. Es dauerte noch einige Zeit, bis in Deggendorf wieder Ruhe eingekehrt war.

## Die Alte Kaserne

Auch die sog. Alte Kaserne, die ehemalige „Kreisirrenanstalt“ bzw. Heil- und Pflegeanstalt, war für den Ausbau von Flüchtlingswohnungen vorgesehen. Gleich nach Kriegsende waren hier „über tausend jugoslawische Kriegsgefangene und Zivilisten, ungarische Volksdeutsche und verschiedene andere kunterbunte Gruppen“ untergebracht<sup>62</sup>. Am 1.1.1946 lebten hier 1174 Überlebende des Jüdischen Konzentrationslagers Theresienstadt<sup>63</sup>. Am 15. Juni 1949 wurde das Lager in der Alten Kaserne geschlossen<sup>64</sup>. Der Unterausschuss des Landtagsausschusses für Ausländerangelegenheiten besuchte im Juni 1949 das ehemalige Lager, das als „abgewohnt“ bezeichnet wurde. Die Stadt Deggendorf habe „schreckliche, bis ins Äusserste primitive Wohnverhältnisse, 700 Wohnungsuchende, 108 Elendsfälle und untragbare Schulverhältnisse. Die Wohnverhältnisse schreien nach Erlösung“<sup>65</sup>. Oberregierungsrat Kirchner, der Leiter des Arbeitsamtes, sprach damals von 310 Elendsfällen im Landkreis und einem „riesengroßen Wohnungselend“. Die Ansiedlung

von Industrie scheiterte am Wohnungsmangel, der geändert werde könne, wenn die Alte und Neue Kaserne zur Verfügung stünden. Deshalb wurde der Umbau der Alten Kaserne beschlossen, um 149 Wohnungen zu schaffen<sup>66</sup>. Innerhalb 65 Tagen wurden 1078 Räume, fünf Stiegenhäuser gebaut. Ein Bericht im „Deggendorfer Donauboten“ schildert genau, wie viele Meter Be- und Entwässerungsleitungen gelegt oder wie viele Mauersteine verbaut wurden. Bis Ende Dezember konnten 64, bis Mitte Januar 1950 90 kinderreiche Familien und Familien aus Elendsquartieren, die „Ärmsten der Armen“, hier eine neue Wohnung finden. Insgesamt sollten 190 Familien hier unterkommen, 75 Prozent Flüchtlinge, der Rest Einheimische. 1949 war die Alte Kaserne mit 190 Familien belegt<sup>67</sup>. Für 160 Familien mit 705 Personen konnten dafür 109 „Elendswohnungen“ aufgelöst werden<sup>68</sup>. Eine sudetendeutsche Frau konnte Weihnachten 1949 das erste Mal seit drei Jahren hier in einem eigenen Bett schlafen. „Mit Tatkraft und Energie“ gingen die Flüchtlinge an den Ausbau ihrer Wohnungen<sup>69</sup>.

Durch alle diese Maßnahmen konnten in den Jahren 1948 bis 1951 insgesamt 631 Wohnungen geschaffen werden<sup>70</sup>. Und dennoch suchten 1951 noch 600 Familien, davon 268 „vordringliche Fälle“, eine Wohnung<sup>71</sup>.

### **Osterhofen: Neuheim am Römerweg**

Ein Sonderweg, der im südlichen Bayern mehrfach gegangen wurde, waren die so genannten Flüchtlingsstädte wie Geretsried, Traunreut, Waldkraiburg, Neutraubling oder Neugablonz<sup>72</sup>. Auch Erich Kohlrausch, der im Frühjahr 1943 aus Wien nach Osterhofen übersiedelt war, hatte diesen faszinierenden Plan, der letztlich jedoch scheiterte<sup>73</sup>. Um den 18500 Flüchtlingen und Vertriebenen im damaligen Landkreis Vilshofen „eine neue Heimstatt und die Hoffnung auf ein besseres Leben zu geben“, sollte im Staatsforst bei Holzhäuser auf 300 Hektar für 5000–8000 Menschen die Flüchtlingsiedlung „Neuheim am Römerweg“ entstehen<sup>74</sup>. Der Plan, hier ein „Musterdorf für Ausgewiesene“ zu errichten, war so faszinierend, daß selbst die „Passauer Neue Presse“ in ihrer Ausgabe vom 28. Juni 1946 eine ganze Seite lang ein ausführliches Interview mit Erich Kohlrausch brachte. Der Kreisausschuß billigte im Juli 1946 mit den Stimmen der CSU und SPD den Antrag. Man wollte „neue und kühne Wege“ zur Lösung des „gegenwärtig dringendsten Problems, des Flüchtlingselends“ gehen und „ein leuchtendes Beispiel für das ganze Land Bayern geben“. Ein Wirtschaftsbeirat sollte sich mit den Problemen auseinandersetzen und mit der bayerischen Staatsregierung verhandeln. Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (SPD) und Landwirtschaftsminister Josef Baumgartner (CSU) wollten den Plan befürwortend überprüfen. Am 29. September 1946 kamen über 1200 Flüchtlinge in Vilshofen zusammen, die „größte politische Veranstaltung“ der letzten Jahre. Kohlrausch konnte hier über den Fortschritt seiner Bemühungen berichten: Mit 22 Behörden war schon verhandelt worden, der Plan lag derzeit beim Arbeitsministerium, die Vermessungsarbeiten und „Materialheranschaffungen“ waren schon im Gange. 42 gewerbliche und industrielle Betriebe hatten schon zugesagt. Die Ver-

sammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der dem Ministerpräsidenten Dr. Hoegner und dem Staatsminister Dr. Baumgartner gedankt wurde, daß sie sich „in entschiedener Weise für die Durchführung der Flüchtlings-siedlung“ einsetzten. Am 4. März 1947 wurde in Osterhofen die Gewerbe-, Siedlungs- und Baugenossenschaft „Neuheim am Römerweg GmbH“ gegründet<sup>75</sup>. Kurz darauf besuchte der Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages das Gelände, auf dem die Mustersiedlung entstehen sollte. Die Pläne waren offensichtlich weit gediehen: Dipl.-Ing. Hans Fischer aus Deggendorf hatte schon die umfangreichen technischen Planungsarbeiten durchgeführt und auch ein großes Modell der Siedlung konnte man vorführen (vgl. Abb.). Dennoch gab es mittlerweile auch ablehnende Stimmen. Der CSU-Kreisvorsitzende Ludwig Ramelsberger bat, zusammen mit dem Bayerischen Bauernverband, den Landtag, den Plan abzulehnen: „Das Projekt ist undurchführbar“, war seine Meinung. Statt einer einzigen großen Siedlung schlug er die Errichtung von Randsiedlungen in bestehenden Ortschaften vor. Der Wirtschaftsausschuß des Landtags behandelte am 16. Mai die Angelegenheit<sup>76</sup>. Drei Tage lang diskutierte der Landtag im Juli heftig über das Für und Wider: Mit 67 Nein-Stimmen gegen 60 Ja-Stimmen bei 13 Enthaltungen wurde der Antrag auf sofortigen Beginn des Siedlungsprojekts abgelehnt. Die ablehnenden Eingaben Ramelsbergers und des Bauernverbandes wurden der Staatsregierung als Material überwiesen. Im Oktober besichtigte eine Landtagskommission zur Überprüfung der in Bayern vorhandenen Siedlungsmöglichkeiten unter Leitung des Staatssekretärs für das Flüchtlingswesen, Dr. Jänicke, noch einmal das vorgesehene Gelände bei Osterhofen. Man kam dabei zu der Überzeugung, „daß die gegen das Projekt bisher vorgebrachten Gründe sachlich nicht stichhaltig seien“. Deshalb sollte vorerst auf 15–18 ha eine kleingewerbliche Siedlung mit 100–150 Wohnhäusern errichtet werden. Sollte sie sich bewähren, könnte sie später erweitert werden. Am 26. November kam es im Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtages zu einer ausführlichen Aussprache. Dabei kam auch die Villa zur Sprache, die sich Kohlrausch auf dem Siedlungsgelände errichten ließ und die angeblich „unliebsames Aufsehen“ erregt hatte. Insgesamt war die Euphorie verflogen. Der Plan wurde noch weiter diskutiert, doch mittlerweile ohne große Chance, verwirklicht zu werden. Am 7. Mai 1949 erschien in der „Passauer Neuen Presse“ eine kurze Notiz unter der Überschrift „Neuheim‘ war ein Traum“. Die Baugenossenschaft hatte sich in Osterhofen aufgelöst. Der bereits gewährte Staatszuschuß in Höhe von 150 000 DM sollte an die Stadt Osterhofen „zur schleunigen Verwirklichung einer Stadtrandsiedlung übergeben werden“.

### **Provisorische Unterkünfte in der Stadt**

Die erste Station nach der Ankunft im Landkreis und in der Stadt Deggendorf war oft eine provisorische Unterkunft: im Elisabethenheim lebten im Herbst 1945 300 Jugoslawen. Seit dem Frühjahr 1946 war es ein Sammellager für polnische Kinder. Damals waren nur noch 25 Pfleglinge hier. Der geringe Stand

ist „auf eine Verlegung des Hauptteils der Pflinglinge am 1.9.1941 nach Mainkofen und Regensburg zurückzuführen“, heißt es lapidar in der Passauer Neuen Presse<sup>77</sup>. Im Sommer 1948 brachte das neugeschaffene Stadtjugendamt hier eltern- und heimatlose Kinder unter. Bis dahin war es als UNRRA-Lager geführt worden. Im Waisenhaus in der Amanstraße lebten im Januar 1947 nur zwei „richtige“ Waisen, dafür zusätzlich 45 pflegebedürftige Flüchtlingskinder<sup>78</sup>.

140 Heimkehrer wurden im Oktober 1945 nach Deggendorf „geschwemmt“ und wurden im „Goldenen Engel“ und im „Aschenbrennerkeller“ untergebracht. Ende 1947 waren es noch 59, darunter drei Amputierte und 20 Versehrt: der Raum war eisig kalt, jeder hatte nur eine Decke, Stahlhelme dienten als Ersatz für Waschschüsseln, in 15 kleinen Schränken waren die wenigen Habseligkeiten untergebracht, täglich gab es Eintopf, sie lebten von 30 Mark Fürsorgeunterstützung im Monat: „Verbitterung, Heimweh, Armut, Not, wie sie überall den Weg deutscher Flüchtlinge begleiten, sind hier zu Hause, aber niemand verzweifelt“, so heißt es in einem Zeitungsbericht. Davon waren die Deggendorfer so angerührt, daß eine „Gabenwelle“ in den „Aschenbrennerkeller“ floß: Schuhe, Schnürsenkel, Woldecken, 50 Eßschüsseln und „Abendbrotteller“ und Holz zum Bau von Schränken<sup>79</sup>.

72 Heimatvertriebene fristeten im großen Saal des Katholischen Gesellenhauses (Kolpinghaus) ihr Dasein; 1948 leben noch 21 Personen in diesem „vergessenen Lager“. Im kalten Winter hatte ihnen das Flüchtlingskommissariat empfohlen, sich wie die Schweinchen einzubuddeln und mit Zeitungspapier zuzudecken<sup>80</sup>. Dabei hatte eine Wohnungskommission aus Regensburg gerade 200 Zimmer in der Stadt beschlagnahmt, um einen Großteil der Flüchtlinge aus den Lagern zu bringen – auf Jahre hinaus noch ein vergebliches Bemühen<sup>81</sup>: Noch Ende 1949 waren 300 Personen in Elendsquartieren untergebracht, und selbst im Mai 1950 lebten 24 Familien in solchen Unterkünften auf der Festwiese, wenn es auch Pläne gab, für sie ein Flüchtlingswohnhaus zu bauen<sup>82</sup>. Insgesamt waren in diesem Jahr im Stadtbereich noch 75 Barackenwohnungen belegt<sup>83</sup>.

Elendsquartiere gab es auf dem Bogendamm an der Angermühle, in Marienthal, Pielweichs, Pankofen, Klessing. Auf der Helfkammer Donauwiese, an der Straße nach Metten, baute sich eine Flüchtlingsfamilie aus Böbrach an einem Tag im September eine Barackenunterkunft; sie hoffte, noch vor dem Winter mit dem Ziegelschlagen für eine feste Unterkunft beginnen zu können<sup>84</sup>. In einer Rumpelkammer war eine Familie mit einem 18 Monate alten Kleinkind untergekommen, der Vater fuhr jeden Tag mit dem Rad nach Schwanenkirchen zur Arbeit<sup>85</sup>. Vier Familien mit 21 Personen, davon zwölf Kinder im Alter von drei bis 17 Jahren, lebten jahrelang in einer ehemaligen Theatergarderobe. Sie schliefen in primitiven Mannschaftsdoppelbetten, die mit Strohsäcken, Zeltplanen und einigen Wehrmachtsdecken ausgestattet waren (vgl. Abb.)<sup>86</sup>. „Die Baracke ist schlimmer als ein Schweinestall, die Verhältnisse müssen als menschenunwürdig bezeichnet werden“, so beschrieb Stadtrat Dr. Hanns Mühlbauer noch im Jahre 1950 die Zustände in einigen

„Wohnungen“<sup>87</sup>. Schon 1949 hatte man versprochen, die Menschen bis zum Winter aus den Lagern zu holen – dieses Versprechen konnte nicht eingelöst werden.

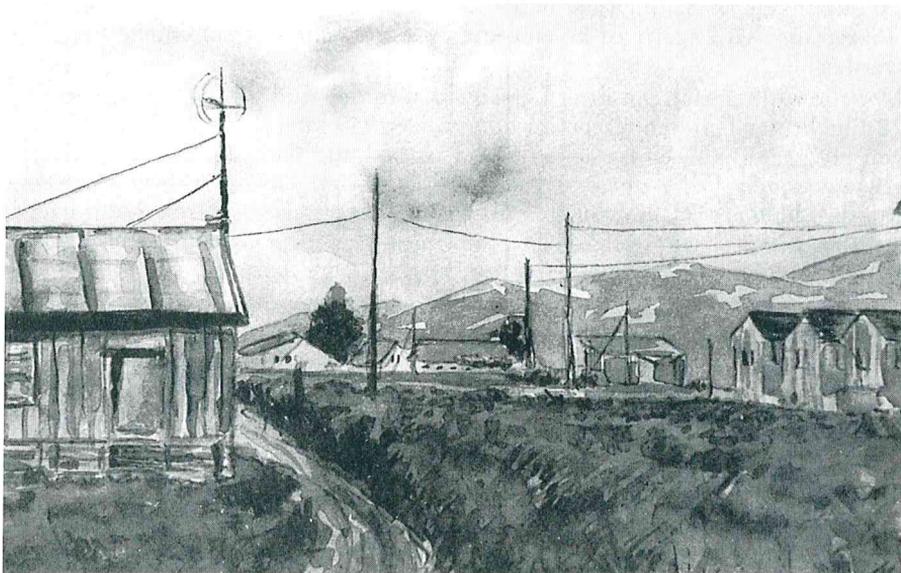
Manche wollten sich mit ihrer Lage nicht abfinden und griffen zur Selbsthilfe: 12 Flüchtlingsfamilien waren im Dezember 1949 kurzerhand mit ihrem ganzen Hausrat aus ihren Baracken in Marienthal und Klessing in die Neue Kaserne gezogen: Der Amtsarzt hatte ihnen bestätigt, daß sie in ihrer alten Unterkunft bald an Tbc erkranken würden. Wie verbittert sie waren, konnte man auf ihren Lkw lesen: „Menschen ohne Rechte“ und „Das wahre Gesicht der CSU“ hatten sie mit Kreide daraufgeschrieben (vgl. Abb.)<sup>88</sup>.

Die Befürchtung, die Hoffnungslosigkeit vieler Menschen würde soziale und politische Gefahren heraufbeschwören, die Gefahr eines Absinkens in das Proletariat, einer Ghettoisierung vieler Flüchtlinge, war nicht unbegründet: „KPD“ stand auf der Türe der Messerschmitt-Baracke in Marienthal. Die latente Drohung, das Los der Flüchtlinge könnte politisch instrumentalisiert werden, mußte gebannt werden<sup>89</sup>.

## Das Flüchtlingslager Michaelsbuch

Dies galt besonders für die Menschen, die in den großen staatlichen Lagern oft lange Jahre lebten. Noch im Oktober 1949 gab es allein in Bayern 465 Flüchtlingslager mit über 94 000 Insassen. Das letzte Lager wurde hier erst am 1. Juli 1963 aufgelöst<sup>90</sup>.

Im Landkreis Deggendorf waren Michaelsbuch und Winzer größere Lager. In Michaelsbuch war ursprünglich eine Außenstelle des KZ Flossenbürg<sup>91</sup>, dann wurde im Herbst 1945 innerhalb vier Wochen ein Internierungslager für Belastete des NS-Regimes<sup>92</sup> gebaut, seit Juli 1946 wurden deutsche und ungarische Flüchtlinge untergebracht: Es wurden einfach die Menschen ausgetauscht, das Lager blieb, so wie der Stacheldrahtzaun und die Beobachtungstürme aus den früheren Jahren. Die Lagerordnung für die Flüchtlinge in Michaelsbuch liest sich wie eine Zuchthausordnung: „Anordnungen des Lagerpersonals und der Lagerwache“ sei „Folge zu leisten“, „Widersetzlichkeit“ wurde als „Amtsbeleidigung“ klassifiziert. Das „wilde Zusammenleben von männlichen und weiblichen Personen“ sollte den Gerichten „zur weiteren Bearbeitung“ übergeben werden. Für Kontakte zur Lagerleitung war „höfliche und anständige“ Form ausdrücklich vorgeschrieben (vgl. Abb.)<sup>93</sup>. Wie viele Menschen hier, auch nur zeitweise, lebten, ist unklar. Die Angaben reichen von 400 bis 10 000<sup>94</sup>, meist Ungarn und Sudetendeutsche<sup>95</sup>. Ursprünglich gab es zehn Blocks und eine größere Revieranlage; eine Besichtigung durch eine Kommission berichtete im Oktober 1946 von 40 „außerordentlich primitiven“ Baracken<sup>96</sup>. Im Oktober 1946 beschwerte sich Flüchtlingskommissar Müller bei der Regierungskommission für das Flüchtlingswesen über die Mißstände im Lager<sup>97</sup>: Türen seien zerbrochen, es gäbe keine Öfen und Fensterscheiben, die Latrine befände sich in einem unhaltbaren Zustand, der besonders für Frauen und Kinder kaum tragbar sei. Das Essen sei unzureichend und oft kaum genießbar (z. B. sauer gewordenes Gemüse, halb gekoch-



Das Lager Michaelsbuch, Aquarell von Rudolf Brandt

te, oft schon saure Kartoffeln), so daß Darmerkrankungen die Regel seien. Bis zu 30 Erwachsene und Kinder lebten in einem Raum. Daraufhin wurde eine Prüfungskommission eingesetzt: Türen, Fenster, Öfen seien einzusetzen, Privatquartiere zu besorgen besonders für kränkliche Leute und Frauen mit Kindern, das Essen sei zu verbessern. Die Untersuchung ergab, daß es noch keine Krankenbaracke gab, nur einen Behandlungsraum für den Arzt. Besetzt war das Lager mit 915 Personen<sup>98</sup>. Bisher war es ein „Durchgangslager“, jetzt sollte es als „Wohn- und Stammlager“ auch für den Winter ausgebaut werden. Der Lagerarzt Dr. Quasthof bestätigte die Mißstände<sup>99</sup>: Einige Baracken hatten keine Fenster, waren mit Brettern verschlagen, finster und undicht; ein Ofen mußte für 40–50 Menschen reichen; es fehlten Betten und Badewannen. Die Abortanlage sei „vorsintflutlich“ („Kübelsystem“), deshalb habe es schon vier Paratyphusfälle und Hauterkrankungen gegeben. Die Verpflegung sei allerdings gesichert: Salzkartoffel, Soße, Fleisch; für die Kleinstkinder ein guter Nudelauflauf. Der Gesundheitszustand sei nicht schlecht, doch für den Winter sei das Lager für Kinder ungeeignet. Die moralischen Verhältnisse sind schlecht. Die Gefährdung gehe auf entlassene Kriegsgefangene zurück. Die älteren haben sich „Frauenspersonen und junge Mädchen von der Straße oder anderen Lagern“ mitgebracht und leben im Konkubinat. Sie hätten keine Neigung zur Arbeitsaufnahme, sondern verdienen sich durch Schwarzhandel etwas dazu oder begehen Diebstähle. Die 17–20 entlassenen Kriegsgefangenen sind „absolut verwahrlost“, vielfach haben sie Geschlechtskrankheiten. Das „Ungarnlager“ mit 3000 Insassen („mit allerlei zweifelhaften Leuten“) liegt neben dem Flüchtlingslager. Die Kinder sind verwahrlost.

Als auch die „Passauer Neue Presse“ über „die menschenwürdigen Zustände in einem Flüchtlingslager“ berichtete („Ratten und Mäuse als Schlafgefährten“), wurde beschlossen, daß Michaelsbuch für den Winter nicht zu halten und auch nur für 150–200 jüngere Flüchtlinge geeignet sei, die das Lager selbst ausbauen könnten. Dennoch lehnte der engagierte Lagerarzt jede Verantwortung für das gesamte Lager ab: „Die geschilderten Verhältnisse gelten in noch grösserem Masse für die im Lager befindlichen etwa 3000–4000 Ungarn“.

Die weitere Entwicklung ist bei der schlechten Quellenlage unklar. Offensichtlich gab es Bestrebungen, das Lager aufzulösen. Eine „Regierungswohnungskommission“ versuchte im Landkreis entsprechende Ersatzwohnungen zu beschlagnehmen, konnte aber nur 44 Räume finden. Im Juni 1949 besuchte ein Untersuchungsausschuß des Landtagsausschusses für Flüchtlingsangelegenheiten Michaelsbuch. Damals standen nur noch zwei Blocks, in denen ungefähr 260 deutsche und 730 ungarische Flüchtlinge lebten, davon 130 Volksdeutsche aus Ungarn<sup>100</sup>. Eine Erweiterung dieses „Ausländerlagers“ wurde abgelehnt, da der Ausbau auch von provisorischen Baracken einige 100000 Mark kosten würde; auch gäbe es dann die Gefahr des „Diebstahls aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse in weitem Umkreis“; drei bis vier kleinere Lager seien besser als ein großes<sup>101</sup>. Ein Zeitungsbericht aus dem Jahr 1949 beschreibt das Leben der Deutschen und 760 Ungarn, die hier auf ihre Auswanderung warteten, als „einigermaßen erträglich“<sup>102</sup>, obwohl fast alle arbeitslos waren. Das Lager war winterfest, Kleintiere wurden gehalten und es gab Gemüsegärten, einen Lebensmittelladen, und eine Gastwirtschaft. 1947 ließen sich mehrere Landwirte, eine Saatzucht und ein Gärtner, unterstützt durch Kredite der „Landessiedlung“, im Lager nieder<sup>103</sup>. Regelmäßig kam die „Neubürgerjugend“ im Gemeinschaftsraum zusammen. Eine Hausschuhherzeugung hatte sich als nicht produktiv erwiesen, Handwerker wie Schneider und Schuster arbeiteten mehr für den Eigenbedarf. Eine größere Heimindustrie war für den Fall geplant, daß keine Umsiedlung möglich wäre. Ein Deggendorfer, der früher im Lager lebte, meinte auch in der Rückschau, daß ein „Plattlinger Waldkraiburg“ möglich gewesen wäre, wenn die Kommunalpolitiker nur gewollt hätten. Aber die Stadt nutzte das „Angebot an Fachkräften aller möglichen Berufszweige“ nicht<sup>104</sup>.

Bis zum Jahr 1952 bestand das Lager Michaelsbuch (neben Winzer) weiter als „Regierungslager für heimatlose Ausländer“. Von den 131 ungarischen Bewohnern standen nur zwei in einem Arbeitsverhältnis. Diese sollten Ende April ins Flüchtlingslager Pankofen-Michaelsbuch verlegt werden<sup>105</sup>, die übrigen nach Landshut. Bei der Auflösung gab es eine monatelange Verzögerung. Man hatte nämlich Gärten angelegt und Schweine gekauft, so daß man verlangte, das Lager bis in den Herbst nach der Ernte- und Schlachtzeit weiterbestehen zu lassen. Obwohl dieser Antrag abgelehnt wurde, scheint die „Ungarische Kanzlei“ in München unter Baron Imre Pongrácz eine Schonfrist für die Landsleute erreicht zu haben. Erst im Dezember wurden die letzten sieben Baracken an die Oberfinanzdirektion München, Außenstelle Straubing, übergeben und das Lager am 12.12.1952 aufgelöst.

## Das Lager in Winzer

Im gleichen Jahr wurde auch das Lager in Winzer aufgelöst. Hier hatte man das 1936 errichtete Arbeitsdienstlager mit 15 Baracken nach dem Krieg in ein Lager für heimatlose Ausländer verwandelt, in dem zeitweise Menschen aus 14 Nationen untergebracht waren. Waren zuerst Griechen, Ukrainer, jüdische Überlebende aus Theresienstadt oder für kurze Zeit eine polnische Wachabteilung in diesem UNRRA-Lager untergebracht, wurden im August 1949 aus der IRO ausgeschiedene Ausländer in deutscher Fürsorge hierher verlegt. Von zunächst 150 sollte die Belegung auf 500 steigen. Damit war „der lange gehegte Wunsch der Winzerer Bevölkerung, das Lager für Flüchtlinge aus Winzer freizubekommen, wieder einmal ins Wasser gefallen“<sup>106</sup>. Aktenkundig wurde das Lager im Juli 1950, als sich die Vertreter der Ungarn, Ukrainer, Russen, Polen, Jugoslawen, Rumänen und Kroaten gegen die „Küchenkontrolle“ und unterschiedliches Essen beschwerten<sup>107</sup>. Damals lebten hier 366 Menschen aus 13 Nationen. Häufig kam es zwischen den rund 1700 Einwohnern und den 500–700 Ausländern zu kleineren und größeren Auseinandersetzungen. Überregional in die Schlagzeilen kam eine Schlägerei im Januar 1951 zwischen Deutschen und Ausländern in der Gastwirtschaft Huber<sup>108</sup>. Schließlich wurde wegen Landfriedensbruch ermittelt, und selbst Ministerpräsident Ehard sowie der Innenminister ließen sich Berichte darüber geben. Die Gemeinde Winzer forderte daraufhin sofortige Auflösung des Lagers, die auch am 24. April 1952 erfolgte. Bis Ende Mai wurden 14 Wohnbaracken des RAD geräumt; 18 Lagerinsassen, die in einem Arbeitsverhältnis standen, kamen nach Pankofen-Michaelsbuch, die restlichen 223 nach Nürnberg-Valka.

## Die wirtschaftliche Situation

Sollte die Integration der Flüchtlinge gelingen, war ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt nötig. Die Aufnahmefähigkeit der Betriebe im Landkreis Deggendorf war bald erschöpft, da unser Gebiet bekanntlich traditionell wenig industriell strukturiert war. Viele waren in der Landwirtschaft, im Forst, in der Glasindustrie, in Schreinereien und Sägewerken, im Hoch- und Tiefbau, auch in der Verwaltung untergekommen. Dennoch war die Zahl der Arbeitslosen sehr hoch: Im März 1947 meldete das Arbeitsamt Deggendorf über 4500 Arbeitslose, davon 2238 Flüchtlinge, im gesamten Amtsbereich des Arbeitsamtes gab es rund 14000 Arbeitslose<sup>109</sup>.

Doch überall regte sich „Tatkraft und Energie“ der Flüchtlinge<sup>110</sup>: Von 60000 Bezugsscheinen für Spinnstoffe wurden 1946 65 % an Flüchtlinge und Vertriebene ausgegeben<sup>111</sup>. In Leebbergheim bei Hengersberg begann die neue Produktion von Wechsel- und Drehstromzählern<sup>112</sup>; in Außernzell wartete Eberhard Widemann nicht auf die Hilfe des Staats, sondern eröffnete, nach einem längeren Kampf mit den Behörden um die Arbeitserlaubnis, Mitte 1948 in einem Tanzsaal die Firma „Der Modist“, die Kleidung in Lohnarbeit herstellte<sup>113</sup>. Er hatte aus seiner alten Heimat „sein Können als Fachmann, den guten Geschmack und Tatkraft“ mitgebracht. Mit einer geplanten eigenen

Spinnerei und Weberei von Heimarbeitern aus dem Bayerischen Wald, hoffte er, seine Kleidung auch zu exportieren.

Eine „Leistungsschau“ der „Industrie-Interessengemeinschaft“ im Gasthof „Goldener Engel“ unter dem Motto „Hier muß geholfen werden“ zeigte 1949, daß „trotz der Not der Zeit“ Wertvolles geschaffen wurde<sup>114</sup>. Auf dem Nikolausmarkt 1949 „war einfach alles zu haben“, und Deggendorf erwies sich als „wirtschaftlicher Mittelpunkt des Mittleren Waldes“<sup>115</sup>. Auf der 1. Passauer Frühjahrmesse im Mai 1947 verkündete „die Passauer Messelocke mit eherner Stimme, was emsiger Fleiß, Können, unbeugsamer Arbeitswillen in der südostbayerischen Ecke ... vermögen, wo die Zeit eigentlich resignieren läßt und man an der Zukunft der deutschen Wirtschaft verzweifeln möchte“<sup>116</sup>. Kredite, Bürgschaften, die Initiative lokaler Behörden, ließen in Deggendorf neue Betriebe entstehen: Von rund 700 im Jahr 1946 stieg ihre Zahl auf 837 Ende 1947 und 1127 im Jahr 1949; 151 = 13,5 % hatten Flüchtlinge gegründet<sup>117</sup>. Entscheidend für den geglückten wirtschaftlichen Erfolg und die allgemeine Eingliederung war letztlich wie überall „die energische Selbsthilfe“ der Neubürger, die sich auch in Deggendorf „oft genug gegen divergierende und konkurrierende Intentionen der Einzelbehörden durchsetzen musste“: „Bürokratie hemmt Wirtschaft“ hieß es im März 1948 in der Zeitung!<sup>118</sup>. In vielen Berichten wird mit Stolz auf das aus eigener Kraft Geleistete verwiesen. Bis heute sind die Namen Pietsch, Belke, Bredl, Dressler, Pinter Guss, Glas Klein, Langnickel, Tippelt, das Deggendorfer „Original“ Fritz Fiebig, nur einige unter vielen, in Deggendorf bekannt<sup>119</sup>. So konnte Bürgermeister Nothhaft im Rückblick auf die Zeit des Aufbaus zurecht sagen: „Viele der Heimatvertriebenen haben aus dem Nichts etwas geschaffen“<sup>120</sup>.

## **Vertriebenenverbände**

Eigene politische Vertriebenenverbände und Parteien waren nach 1945 noch verboten, da keine Minderheitenprobleme entstehen sollten. Erst später wurden der „Bundesverband der Heimkehrer“<sup>121</sup>, „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), der „Wirtschaftliche Aufbauverein“, die „Deutsche Notgemeinschaft“, der „Neubürgerbund“ (NB) gegründet, die alle auch in Deggendorf tätig wurden. Letzterer hatte vergeblich versucht, die alleinige Interessenvertretung aller Flüchtlinge auf überparteilicher und überkonfessioneller Basis zu werden<sup>122</sup>. Allerdings errang er bei den Stadtratswahlen vom 30. Mai 1948 fast genauso viele Stimmen wie die CSU<sup>123</sup>. Er hatte sich u. a. vehement gegen den Ausbau von Schulräumen in der Neuen Kaserne ausgesprochen. Statt dessen forderte er ihre Verwendung als Wohnräume, wie er sich auch für den Bau der Siedlung in Kandlbach und die „Kohlbergsiedlung“ einsetzte. Letztere war als „Parkstadt“ mit 45 Häusern in Trockenbauweise geplant und sollte die „katastrophale Wohnungsnot“ erheblich lindern. Obwohl der Plan lebhaft diskutiert wurde, wurde er nicht verwirklicht (vgl. Abbildungsteil)<sup>124</sup>. Mit der stärkeren Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen verloren die Flüchtlings- und Vertriebenen-Parteien an Bedeutung, die Interessensvertretung wurde von den traditionellen Parteien übernommen.

## Neubeginn und Normalisierung

Bald nach Kriegsende regte sich auch der Kulturwille der Menschen, „ein großer ideeller Hunger in der Zeit materieller Not“<sup>125</sup>. Seit dem Frühjahr 1946 gab es Konzerte im Haus Geyersberg, „Kleinkonzerte“ des bekannten Künstlers Alfred Nothas im Rathaus oder im „Goldenen Engel“, das „Deggendorfer Kammerorchester“ wurde gegründet. Am 20. April 1947 konnte man Haydns „Schöpfung“ in der Pfarrkirche mit dem Kirchenchor und dem Orchester der „Deggendorfer Musikfreunde“ erleben, kurz darauf die Aufführung von Heinrich von Kleists „Zerbrochenem Krug“ in der Oberrealschule. Die Lokalzeitungen sind voll von Ankündigungen und Berichten über alle mögliche kulturelle Veranstaltungen.

Wie es weitergehen würde, kündigte sich langsam an: 70 Deggendorfer zahlten regelmäßig kleine Beträge im Reisebüro Deggendorf für einen künftigen Urlaub ein<sup>126</sup>, wie auch der Landtag schon im April 1947 „die Freimachung der Fremdenverkehrsorte im Bayerischen Wald“ forderte: „Die Flüchtlinge sollten durch Sommerfrischler ausgetauscht werden“<sup>127</sup>. Dahinter lag die Einsicht, daß die sudetendeutschen Vertriebenen hier keine Arbeit finden würden, also dorthin gehen sollten, wo sie Beschäftigung finden könnten. Nur so konnte Einheimischen und Flüchtlingen geholfen werden.

Die Beziehungen zwischen den alten und den neuen Bürgern normalisierten sich erst langsam nach einem anfänglich zwiespältigen Verhältnis oder gar einer Diskriminierung. Die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen, die Flüchtlingskredite, auch daß jetzt verstärkt Menschen verschiedener Konfessionen in einer bisher noch nicht gekannten Anzahl zusammenlebten, waren oft genannte Ursachen für die Probleme zwischen Alt- und Neubürgern. Viele negative Beispiele sind bekannt. Da antwortet ein Hausbesitzer einer Flüchtlingsfrau, die um etwas Wasser bittet, „für Flüchtlinge habe ich nichts“; ein anderer pflanzt eigens Stangenbohnen vor das einzige nach Norden schauende Fenster der Wohnung, und Frau L. verweigert die Aufnahme von Flüchtlingen, die durch das Wohnungsamt zugewiesen wurden, beleidigt die Polizisten und reißt das auf die Beschlagnahme weisende Siegel ab<sup>128</sup>.

Natürlich gibt es auch positive Beispiele: die beliebten Sudetendeutschen Bälle im Kolpingssaal, die Alt- und Neubürger zusammenführten, die freiwillige Aufnahme von 32 Flüchtlingen in einem Haus in Schöllnach oder – oft nach der Überwindung von großen Widerständen und langandauernden Ressentiments – die Heirat eines Einheimischen mit einem „Flüchtlingsmädchen“, vielleicht sogar von Katholiken und Protestanten. Bis nach dem Krieg wurde dem religiösen Bekenntnis ja ein wesentlich höherer Wert beigemessen. Vor dem Krieg lebten in Deggendorf 1000 „Evangelische“, im Mai 1945 waren es 15000<sup>129</sup>. 1939 hatte es in Bayern 1424 konfessionell homogene Gemeinden gegeben, 1950 keine einzige mehr<sup>130</sup>.

Es gehört bekanntlich zu den großen Leistungen der Nachkriegszeit, daß die Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wirtschaftlich, sozial und auch mental integriert wurden, was mich letztlich sicher macht, daß auch die Rumänen-



Kreuz des Ostens. Foto: Stadtarchiv

oder Rußlanddeutschen und die vielen Ausländer, die in den letzten Jahren zu uns kamen, bald integriert werden<sup>131</sup>. Schon im September 1949 sprach dies der Deggendorfer Oberbürgermeister Dr. Leicht auf einer Kundgebung der schlesischen Landsmannschaft aus: „Ich kenne keine Neubürger (mehr), sondern nur noch Mitbürger“<sup>132</sup>. Daß sich viele dieser neuen Deggendorfer Mitbürger immer noch an ihre alte Heimat erinnern, zeigt das „Kreuz des Ostens“ in der Adalbert-Stifter-Straße, das durch den Verband der Landsmannschaften (Sudetendeutsche, Schlesier, Donauschwaben, Ost- und Westpreußen) 1957 errichtet wurde<sup>133</sup>. Das Kreuz ist das Zeichen der Versöhnung; dadurch verleiht es auch der schmerzlichen und schrecklichen Flucht und Vertreibung eine versöhnliche Bedeutung für die Zukunft der europäischen Völker<sup>134</sup>.

#### ABKÜRZUNGEN:

Amtblatt: Amtliche Mitteilungsblätter für den Stadt- und Landkreis Deggendorf 1945/46  
 BayHStAM: Bayerisches Hauptstaatsarchiv München  
 DD: Deggendorfer Zeitung  
 NN: Niederbayerische Nachrichten  
 PNP: Passauer Neue Presse  
 StADegg: Stadtarchiv Deggendorf

#### ANMERKUNGEN:

<sup>1</sup> Die Wanderausstellung „In Bayern angekommen“ des Hauses der Bayerischen Geschichte wurde am 3. Juli 2001 im Stadtmuseum Deggendorf eröffnet. Aus diesem Anlaß hielt Prof. Dr. Walter Ziegler, Lehrstuhl für Bayerische Landesgeschichte an der Universität München, den Einführungsvortrag „Die Eingliederung der Flüchtlinge in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg“. Anschließend beleuchtete der Verfasser die lokale Situation in einem Überblick. Dieser Vortrag wurde für den Druck überarbeitet, erweitert und mit Anmerkungen versehen. Die Vortragsform scheint häufig noch durch. Dabei ging es mir nicht nur um deutsche Flüchtlinge

und Vertriebene; im Hinblick auf das Thema „In Deggendorf angekommen“ habe ich auch immer wieder auf das Schicksal der DPs verwiesen. Als Quellen verwendet wurden vor allem die Lokalzeitungen (Passauer Neue Presse, Niederbayerische Nachrichten, Der Deggendorfer, Deggendorfer Donaubote), die Amtlichen Mitteilungsblätter für den Stadt- und Landkreis Deggendorf 1945/46, die Stadtratsprotokolle (alle im Stadtarchiv Deggendorf) und die Akten des Landesflüchtlingsamtes im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Der vorliegende Beitrag ist keine umfassende Darstellung des Themas. Dies kann auch bei den fehlenden Vorarbeiten noch nicht geleistet werden: Vor Jahren wurde angeregt, für jeden bayerischen Landkreis eine Dokumentation der Leistungen der Vertriebenen zu erstellen. Es war dem Deggendorfer Geschichtsverein damals nicht möglich, eine solche Darstellung zu erarbeiten, weil die Landsmannschaften der Vertriebenen keine Unterlagen dazu liefern konnten. Es wurde darauf verwiesen, daß man nach 1945 an nichts anderes dachte, als zu überleben und in die Zukunft zu schauen. Für vielfältige Hilfen danke ich herzlich Herrn Stadtarchivar Erich Kandler.

Die Literatur über das Thema „Flüchtlinge und Vertriebene“ ist mittlerweile äußerst umfangreich, lokale Studien gibt es allerdings fast keine. Eine sehr informative Facharbeit für den Leistungskurs Geschichte des Comenius-Gymnasiums Deggendorf (1999–2001) hat Magnus Knappik angefertigt: Flüchtlinge der Vertriebenen in Deggendorf 1945–1950. Empfehlenswert zur Einführung in das Thema sind: Friedrich Prinz, Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern, Versuch einer Bilanz nach 55 Jahren, Augsburg 2000 (Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur 24) mit einem Verzeichnis der wichtigsten Literatur und Walter Ziegler, Die Vertriebenen vor der Vertreibung: Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen, München 1999. Zu dem vorliegenden Beitrag wird ein eigener Materialteil, sozusagen als „Lesebuch“ zum Beitrag „Im Landkreis Deggendorf angekommen“ erscheinen.

- 2 Die Begriffe „Flüchtlinge“ und „Vertriebene“ werden im folgenden synonym benutzt. Zu dem komplizierten definitorischen Problem in der Nachkriegszeit vgl. Albrecht Lehmann, Im Fremden ungewollt zuhause. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland, 1945–1990, München 1991, 14–16.
- 3 Das Schicksal dieser Soldaten soll in einem der nächsten Hefte geschildert werden.
- 4 Am 22. Januar 1945 wurden sämtliche Schulen beschlagnahmt (Oberschule für Jungen, Städtische Mädchenoberschule, Knaben- und Mädchen-Volksschule), weil die Schulsäle für Teil-lazarette verwendet wurden. Die Schulen waren schon nach den Weihnachtsferien wegen Holz- und Kohlenmangels geschlossen. Die Turnhalle der Landwirtschaftsschule war seit Oktober 1944 mit evakuierten Rheinländern belegt, dann von Angehörigen der Organisation Todt (O. T.), einer Spezialtruppe für das militärische Bauwesen. (StADegg, Akt Verschiedenes 1943–1947).
- 5 Vgl. Birgitta Petschek-Sommer, „Displaced Persons in Deggendorf 1945–1949“, in: Deggendorfer Geschichtsblätter (DG) 20/1999, 283–316; Hubert Schneider, „Es lebe das Leben“ – Briefe nach der Shoa 1945/46, in: DG 20/1999, 317–346. Eine allgemeine Einführung geben A. Königseder und J. Wetzel, Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt am Main 1994. Neben den bekannten größeren Unterkünften für DPs wie die Alte Kaserne in Deggendorf oder dem Lager in Winzer, gab es noch eine Reihe von weiteren Unterkünften im Landkreis. So befand sich auf dem Himmelsberg bei Metten ein „Polenlager“ (Amtliches Mitteilungsblatt 12/1945; siehe auch Anm. 107).
- 6 Wie Anm. 4. Schon im Oktober 1944 schickte der Regierungspräsident („Gauwohnungskommissar“) ein Schreiben an die Landräte und Oberbürgermeister im Gau Bayreuth, den Personenkreis betreffend, welcher Behelfsheime beziehen darf. Darunter fielen u. a. „Luftkriegsbetroffene“, Gefolgschaftsmitglieder verlagelter Betriebe, „Rücksiedler und Umsiedler“, Volksdeutsche Familien, die von der „Bauhilfe“ der DAF im Behelfsheimbau eingesetzt wurden, und bestimmte „Bevorrechtigte“ (StADegg, Akt Verschiedenes 1943–1947).
- 7 Das Schreiben ging an verschiedene Amtsstellen, u. a. auch an die Standortältesten, da die Stadt auch „für die Herren Offiziere, Verwaltungsbeamte usw. des hiesigen Standortes“ Zimmer benötigte (wie Anm. 4).
- 8 Angegeben wurden für Gau Hamburg: 320; Gau Wien: 12; Saargebiet: 51; sonstige Gae: 1064; Betriebsverlagerung: 100; „Fremdvölkische Flüchtlinge“: 31; zusammen 1578. Diese Angaben finden sich auch noch unter dem Datum 21.1.1945 (wie Anm. 4).

- <sup>9</sup> Für Deggendorf wurden 1950 Personen angegeben, für Amberg 1332, für Landshut 1746 (wie Anm. 4).
- <sup>10</sup> Herausgegeben vom Stadtarchiv Deggendorf: Xaver Friedl (1864–1950), Chronik der Stadt Deggendorf, Kriegsende und Nachkriegszeit in Deggendorf, Deggendorf 1955. Der Verfasser des Tagebuches war sicher ein Angehöriger der Stadtverwaltung, da er genaue Informationen besaß, die nicht jedermann zugänglich waren. Aufschlußreich sind die Angaben vom 11. April. Außer den schon genannten Evakuierten aus Hamburg, Wien, Augsburg, Saarbrücken, Saarlautern, „Allgemein“ werden noch 1342 Personen „aus dem Osten“, Estland (7), Littauen (37), Bulgarien (2), Rumänien (5), Lettland (16), Ungarn (4), Ungarn im Lager HUV und Schiff (59), Organisation Todt Südbau, K-Werk (140), zusammen 3635 Personen aufgezählt. Dazu waren noch 80 „im Auffanglager, Gaststätten“ untergebracht. Zu den Arbeiten der Organisation Todt führt der Verfasser unter dem 15.2.1945 an, daß die Knabenschule „nach dem RLG beschlagnahmt und darin ein technisches Bataillon für das Projekt Taube untergebracht“ worden war. Schon am 7. November 1944 waren 50 Arbeiter der O.T. wegen der „Baumaßnahmen in den Deggenauer Fluren“ im Gasthaus Gabereder, Oberer Stadtplatz 6, sowie in einer Turnhalle untergebracht (wie Anm. 4). In Deggenuau standen bis 1964 Baracken, in denen während des Krieges „Italiener, Belgier und andere Gefangene“ lebten, nach dem Krieg „deutsche Schifferfamilien aus Jugoslawien“ (S. Michael Westerholz, Die Mauer des Schweigens, Stadt und Landkreis Deggendorf in der NS-, Kriegs- und Nachkriegszeit, Deggendorf o.J., 54). Bei diesen „Schifferfamilien“ handelt es sich höchstwahrscheinlich um Vertriebene aus Apatin/Batschka, die durch langen Kontakt mit der Reederei Wallner – in Apatin gab es eine Werft – in Deggendorf hier aufgenommen wurden (freundliche Mitteilung von Dr. Ingo Senz, Deggendorf).
- <sup>11</sup> Wie Anm. 10, 13–15. Die anrührenden Berichte von vier Zeiteugen, die 1945–1950 in den Landkreis Deggendorf kamen, in: Oliver Bruckmann, Die Schlesier und die evangelische Gemeinde nach dem Krieg, in: Ders. (Hrsg.), 100 Jahre Evangelische Auferstehungskirche, 1899–1999, Deggendorf 1999, 289–316. Eine seltene literarische Verarbeitung des Flüchtlingschicksals in unserem Landkreis ist: Hilde Belke, Die Geschichte einer Flüchtlingsfamilie, Deggendorf 1993 (Selbstverlag).
- <sup>12</sup> Nach Westerholz, wie Anm. 10, 37 stammte dieser Treck aus dem „Teil Ostpreußens, der heute unter russischer Verwaltung steht“. Die 22jährige Friedl Zwirlein aus Gumbinnen führte den Treck an und sie entschloß sich, ein Fuhrgeschäft zu eröffnen mit ihrem „Pferdewagen“. 1952 heiratete sie Alois Schraufstetter.
- <sup>13</sup> Ungarn wurden auch in Berg untergebracht, vgl. Westerholz, wie Anm. 10, 34 f.
- <sup>14</sup> Während des Krieges wurden in Deggendorf 13 Häuser zerstört (Amtl. Mitteilungsblatt vom 9.3.1946 und Stadtratsprotokolle vom 8.2.1946). Insgesamt wurden 40 Wohnungen mit 112 Wohnräumen durch Kriegsereignisse zerstört (NN 7.11.1947). Zu den Ereignissen bei Kriegsende im Landkreis Deggendorf vgl. J. Molitor, Das Ende des Zweiten Weltkriegs im Landkreis Deggendorf in Augenzeugenberichten, in: DG 16/1995, 249 ff.; 17/1996, 327 ff.; 18/1997, 311 ff.
- <sup>15</sup> Bürgermeister Dr. Reus schreibt in einer Rückschau auf die Ereignisse des Kriegsende von 3800 Serben und Jugoslawen in der Alten Kaserne, 555 Italienern, 270 Deutsch-Ungarn, 175 Deutschen und Jugoslawen (wie Anm. 10, 31).
- <sup>16</sup> Amtliches Mitteilungsblatt 13.12.1946 (StADegg).
- <sup>17</sup> PNP, 2/1947 und NN 9.4.1948 Das Flüchtlingsproblem war noch lange nicht gelöst. Der Tätigkeitsbericht des Deggendorfer Stadtrates 1955 nennt die Zahlen für Flüchtlinge, Vertriebene, Zugewanderte, Ausländer, heimatlose Ausländer für die Jahre 1952–1955: Die Zahlen blieben ziemlich konstant, erst zwischen 1956 und 1959 (handschriftlich nachgetragen) verringerte sich die Zahl der Ausländer.
- <sup>18</sup> NN 9.4.1948. Die Volkszählung vom 1. Oktober 1946 ergab für Deggendorf 17052 Personen, dazu noch 1624, die in Lagern lebten, gegenüber 1939 war das eine Zunahme von 82 %, für den Landkreis „nur“ eine Zunahme von 35 %. Hier lebten 80454 Menschen, davon 19312 Evakuierte und Flüchtlinge, 6487 Ausländer in den Lagern Deggendorf, Natternberg, Winzer (PNP 82, 93/1946). Die Abnahme im Jahr 1948 beruhte auf der Auswanderung von 700 UNRRA-Angehörigen nach Palästina (UNRRA = „United Nations Relief and Rehabilitation Administration“ zur Erfassung, Betreuung und Repatriierung der DPs). Die Angaben variieren stark, da die Fluktuation offensichtlich sehr groß war.

- 19 Vgl. das Plakat vom 16.6.1945. Vom 1. Juli 1949 bis Ende 1951 wurden nur 218 Zuzugsanträge genehmigt (Verwaltungsbericht 1948–1952, 26).
- 20 Vgl. das Plakat vom 16.6.1945. Zum Wohnungsproblem s. u.
- 21 Wie Anm. 4.
- 22 1949 wurden ca. 280 Flüchtlinge in die französische Zone (Ehingen und Reutlingen) umgesiedelt. Am 13.9. verließen 139 „mit hoffnungsvollem Herzen“ Deggendorf. „Die freiwerdenden Wohnungen kamen in erster Linie Menschen aus Elendsquartieren und gefährlich überbelegten Wohnungen sowie Insassen von Massenlagern zugute“ (DD 6 und 7/1949; PNP 7/1949).
- 23 Verwaltungsbericht 1948–1952, 27. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang auch die Auswanderung von 60 Personen im Zeitraum Januar – Juni 1950 (DD 75/1950).
- 24 Prinz, wie Anm. 1, 13 f. In den folgenden Jahren gab es eine Flut von Gesetzen für die „Neubürger“, z. B. das Flüchtlingsgesetz von 1947, das Soforthilfegesetz „zur Milderung dringender sozialer Notstände“ (August 1949), die umfangreichen Gesetze über den Lastenausgleich (LAG) oder das Bundesvertriebenengesetz vom Mai 1953.
- 25 So jedenfalls schildert es ein anonymes Schreiben „eines kleinen Vorkämpfers“ – offensichtlich ein betroffener Flüchtling – an den Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in München, Wolfgang Jänicke (BayHStAM, Marb, Landesflüchtlingsverwaltung 128). Der anonyme Schreiber weiter: Wenn man die Amerikaner auf das Problem anspricht, sagen sie nur „Bayern hat zu wenig Krieg gehabt und Ihr Flüchtlinge versteht nicht zu kämpfen“. Weiterhin droht er der Staatsregierung, „es werden sich genügend Hechte für diesen trägen Karpfenteich finden... gebe Gott, dass es nicht die kommunistische Partei sein wird. Eine radikalsozialistische wird es bestimmt werden“ und fordert eine sorgfältige Prüfung bei der Besetzung der Stelle des Deggendorfer Flüchtlingskommissars.
- 26 Maderer war der erste Bürgermeister nach dem Einmarsch der Amerikaner in Deggendorf. Zu seiner Rolle bei dieser Übergabe vgl. J. Molitor, wie Anm. 14, passim und Xaver Friedl, wie Anm. 10, 36 ff.
- 27 PNP 73/1947.
- 28 Verwaltungsbericht der Stadt Deggendorf 1948–1952, 26 (StADegg) und Beschlußbuch des Stadtrates Deggendorf 1948, 260 zitiert bei Knappik, wie Anm. 1, 8. Das letzte Zitat aus der Lokalzeitung „Der Deggendorfer“ vom 26.3.1949.
- 29 Amtsblatt vom 24.11.1945.
- 30 PNP 4/1947; 8/1947; die Schulsituation 1949: DD 45/1949. Schulen, Erziehung, Kultur werden auch in den Verwaltungsberichten des Stadtrates behandelt, z. B. 1948–1952 im StADegg, 35–39.
- 31 Ob eine solche Maßnahme je durchgeführt wurde, ist nicht bekannt.
- 32 Wie Anm. 4 und PNP 5/1947.
- 33 Amtsblatt vom 29.12.1945.
- 34 Amtsblatt 29.12.1945 und ein Plakat aus der gleichen Zeit. Weitere Plakate riefen zur Sammlung von Büchern und Unterhaltungsspielen für Lagerinsassen auf. Ein Spendenaufruf im Dezember 1947 wurde von der Inneren Mission, dem BRK, der Arbeiterwohlfahrt, der Caritas und dem Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen unterzeichnet (StADegg).
- 35 PNP 41/1947 und Plakat im StADegg.
- 36 PNP 51/1947.
- 37 PNP 8/1947.
- 38 NN 7.11.1947 und 20.1.1948; Sitzungen des Stadtrates 1947, Nr. 135, zitiert bei Knappik, wie Anm. 1. Weitere Beispiele zur Fürsorgepolitik bei Knappik, 15. Ausführlich auch in den Verwaltungsberichten des Stadtrates im StADegg, z. B. für 1946, S. 6 f. und 1948–1952, S. 28–34.
- 39 Der Prozeß begann am 6.7.1948. Ausführliche Berichte über die „Ära der Korruption“ und dem „untilgbaren Schandfleck in der Verwaltungsgeschichte Deggendorfs“ in den Niederbayerischen Nachrichten, z. B. 13.7.1948. Im Jahr darauf erregte die Freilassung von Wenzel S. und Bodo P. aus dem Deggendorfer Gefängnis die Öffentlichkeit. Sie waren verhaftet worden, weil sie im Markt (Böhmisch) Eisenstein Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Deutschen verübt hatten. Da S. Tscheche war und P. im Dienst der amerikanischen Militärregierung gestanden hatte, fielen sie nicht unter die deutsche Strafverfolgung und konnten auf Befehl der Amerikaner nicht angeklagt werden (vgl. z. B. DD 38–42/1949).

von Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hg.), Psychiatrie im Nationalsozialismus. Die bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999.

- 78 PNP 4/1947.
- 79 PNP 9, 13/1947.
- 80 PNP 63/1948.
- 81 PNP 51/1947.
- 82 DD 16/1949 und vom 31.5.1950.
- 83 DD 12/1950.
- 84 PNP 108/1949. Dieses und die folgenden Beispiele auch bei Knappik, wie Anm. 1, 4 f.
- 85 PNP 59/1948.
- 86 PNP 63/1948.
- 87 Sitzungen des Stadtrates Nr. 1/1950, zitiert bei Knappik, wie Anm. 1. 5.
- 88 DD 52/1949
- 89 Prinz, wie Anm. 1, 4 f.: Die politische Dimension eines etwaigen Scheiterns der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen wurde sehr spät erkannt. Auch in den ersten Nachkriegsjahren zeichnete sich für Deutschland eine Art „Palästinenserproblem“ ab. Dies hätte bedeutet, daß die Vertriebenen zu „Fremdarbeitern“ degradiert worden wären, aufgeladen mit „kollektiven Hassgefühlen gegen die Einheimischen ... deren Besitz und Arbeitsplatz von den Folgen des Krieges vielfach verschont geblieben waren“. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür: 1946 mußten die Gemeindeverwaltung von amtlichen Stellen ernstlich darauf hingewiesen werden, „dass es nicht gestattet sei Flüchtlinge und Vertriebene außerhalb der Friedhofsmauern zu begraben“. Immer wurde in den Berichten über die Flüchtlingslager „von der völligen Apathie der Insassen“ gesprochen, die „den besten Nährboden für demagogische Bauernfängerei hätte abgeben können“.
- 90 Lehmann, wie Anm. 2, 57. Außer Michaelsbuch und Winzer gab es im heutigen Landkreis Deggendorf noch weitere Lager, z. B. in Arbing bei Osterhofen (damals Landkreis Vilshofen), ein „Flüchtlingsaltersheim“ mit 150 Baracken für meist über 60 Jahre alte Flüchtlinge. Die Verhältnisse waren offensichtlich so schlecht, daß es eine Typhus-Epidemie gab (NN 10.10.1947).
- 91 Dazu die Untersuchung von Norbert Elmar Schmid, Fabriken des Todes. Ganacker und Plattling: KZ-Außenkommando und Todesmärsche, in: DG 17/1996, 327–326 sowie: S. Michael Westerholz, Kranke krepitierten natürlich wie das Vieh. Erinnerungen an das KZ Plattling. Eine Reportage, Deggendorf o. J. (1995). Eine genaue Untersuchung zu den verschiedenen Lagern im Landkreis Deggendorf (z. B. auch noch Deggenau, Pankofen-Michaelsbuch u. a.) fehlt noch. Kurze Hinweise auch bei S. Michael Westerholz, „Daß dies ganze Land wüste und zerstört liege“. Von allerlei Lagern in den Vor- und Nachkriegsjahren, in: Auf der Sonnenseite des Bayerischen Waldes. Ein Heimatbuch des Landkreises Deggendorf, Deggendorf 1983, 219–222.
- 92 BayHStAM, Marb, Landesflüchtlingsverwaltung, Nr. 971 (Bericht vom 20.6.1949). Vgl. zum Internierungslager: Franz Achatz jun., In den Internierungslagern von Natternberg und Plattling. Aus den Tagebuchaufzeichnungen von Franz Achatz sen., in: DG 21/2000, 333–354.
- 93 Zitiert bei Lehmann, wie Anm. 2, 57 f. Vgl. das Plakat in den Unterlagen der Landesflüchtlingsverwaltung.
- 94 Vgl. Elisabeth Brantl, Das Flüchtlingslager Michaelsbuch, in: DG 7/1986, 107. Die offizielle Kapazität wurde mit 1070 angegeben. Vgl. auch den Bericht von Horst Brandt in: Bruckmann, wie Anm. 11, 297. Brandts Vater baute in Michaelsbuch die Lagergärtnerei auf.
- 95 Wie Anm. 94, 108.
- 96 BayHStAM, Landesflüchtlingsverwaltung, Nr. 849.
- 97 Wie Anm. 96, Nr. 510.
- 98 Neben 648 Erwachsenen auch 12 Kinder bis 1 Jahr; 29 von 1–3 Jahren; 41 von 3–6; 78 von 6–10 und 107 von 10–18 (wie Anm. 96).
- 99 Wie Anm. 96.
- 100 Zu 1947: NN 4.11.1947. Zu 1949: wie Anm. 96, Nr. 971: Bericht des Unterausschusses des Landtagsausschusses für Flüchtlingsangelegenheiten vom 20.6.1949.
- 101 Wie Anm. 100.
- 102 DD 27/1949. Vgl. auch Brantl, wie Anm. 94, 109.

- <sup>103</sup> Brantl, wie Anm. 94, 106. Ihre Angaben zeigen, wie problematisch und schwierig die Beschreibung dieser Zeit nach über einem halben Jahrhundert ist: Die Zahlen der angesiedelten Landwirte werden von drei Augenzeugen mit drei, fünf oder sieben angegeben.
- <sup>104</sup> Brantl, wie Anm. 82, 113. Mit „Waldkraiburg“ ist eine Flüchtlingsstadt gemeint, wie z. B. auch Traunreut, Neugablonz oder das geplante Osterhofen-Neuheim (vgl. oben).
- <sup>105</sup> Dieses Lager hatte das Kennzeichen 339/B (wie Anm. 78).
- <sup>106</sup> Zum Lager in Winzer: DD 18/1949 („Gefährliche Spannungen im Ausländerlager Winzer“); PNP 95/1949. Winzer fehlt in der Übersicht der Lager bei Königseder/Wetzels, wie Anm. 5.
- <sup>107</sup> Wie Anm. 96, Nr. 1308; Straubinger Tagblatt vom 29.7.1950. Daß die Situation der Lagerinsassen in Winzer wie in der Alten Kaserne zu häufigen Konflikten mit der Polizei führte, ist verständlich. Vor allem wegen ihres Schwarzhandels waren sie berüchtigt (vgl. z. B. die Tagesberichte der Stadtpolizei im StADegg). Ein Bericht in den „Niederbayerischen Nachrichten“ vom 20.2.1948 kritisiert, daß die DP's nur 3 % der Bevölkerung, jedoch 6,8 % der Strafgefangenen stelle (mit Hinweis auf die „Straubinger Revolte“ vom Sommer 1947, als 200 DP-Gefangene gegen die Gleichstellung mit den deutschen Insassen des Gefängnisses revoltierten). Häufig wird mit einer gewissen Herablassung oder Überheblichkeit über die Lager berichtet. Selbst das Amtliche Mitteilungsblatt 12/1945 war nicht frei davon: „Das Polenlager in Himmelberg [bei Metten] scheint seinem Namen recht wenig Ehre zu machen, denn alles andere als paradiesische Zustände müssen dort walten. Gleich 17 Männer des Lagers erschienen unter Bewachung der Militär-Polizei vor dem Militär-Gericht, das den Vorgeführten bescheinigen mußte, daß sie gewissermaßen der Schrecken der ganzen Himmelberger Gegend seien. Der Frieden werde durch sie gestört, und die Diebereien nähmen kein Ende. Immer wieder seien Schweine, Schafe und anderes Vieh ... spurlos verschwunden. Der Militär-Richter betonte, daß er nicht zum ersten Mal von diesem Lager höre, und es sei das verkommenste, das ihm je bekannt geworden wäre. Die hygienischen Verhältnisse seien geradezu unerhört, und Menschen, die wirklich etwas auf sich halten würden, könnten nicht so wie die Schweine leben. So sei jeder Lagerinsasse in Himmelberg mitschuldig an den ekelhaften, unhygienischen Verhältnissen“.
- <sup>108</sup> Deggendorfer Zeitung vom 27.2.1991 über eine Massenschlägerei im Januar 1951: „Die Deutschen schlagen die Ausländer tot“. Dazu ausführlich die Unterlagen der Landesflüchtlingsverwaltung, wie Anm. 96, Nr. 966, sowie Süddeutsche Zeitung vom 23.1.1951; Fränkische Landeszeitung vom 26.1.1951; Münchner Merkur vom 7.3.1951. Ebenso Westerholz, wie Anm. 10, 52 f.
- <sup>109</sup> PNP 54/1947; Knappik, wie Anm. 1, 9 zitiert dazu auch das Beschlußbuch des Stadtrates 1948, S. 2.
- <sup>110</sup> DD 52/1949.
- <sup>111</sup> Tätigkeitsbericht des Stadtrates 1946, 11; vgl. dazu auch PNP Nr. 5/1947.
- <sup>112</sup> PNP 12.11.1949.
- <sup>113</sup> PNP 56/1947.
- <sup>114</sup> DD 27/1949.
- <sup>115</sup> PNP 8.12.1949.
- <sup>116</sup> PNP 41/1947.
- <sup>117</sup> Vgl. dazu den Verwaltungsbericht 1948–1952, 27: Genehmigt wurden 1949 für den „Flüchtlings-Produktivkredit“ 21 Anträge für DM 102000; 1950: 15 (231000); 1951: 49 (419000); „Aufbaukredite“ 1951: 44 (121000); ERP (European Recovery Program = „Marschall-Plan“) 1951: 1 (45000). Die Gelder waren gut angelegt. 1951 gerieten von 4115 Flüchtlingsbetrieben, die „Produktivkredite“ in Anspruch genommen hatten, nur 38 in Konkurse oder Vergleichsverfahren (Prinz, wie Anm. 1, 19). Der Anteil der Flüchtlinge an den Selbstständigen betrug 5,3 %, der Einheimischen 21,2. In ganz Bayern waren über 2000 Flüchtlingsbetriebe mit über fünf Beschäftigten gegründet worden (DD 33/1949).
- <sup>118</sup> Prinz, wie Anm. 1, 18. Das zweite Zitat aus den Niederbayerischen Nachrichten 9.3.1948.
- <sup>119</sup> DD 33/1949. Die Liste der Flüchtlingsbetriebe bei Knappik, wie Anm. 1, 29 ist bei weitem nicht vollständig. Anhand der zahlreichen Beiträge in den Lokalzeitungen und den einschlägigen Wirtschaftsarchiven ließe sich eine Geschichte der wirtschaftlichen Integration der

- <sup>40</sup> Prinz, wie Anm. 1, 41.
- <sup>41</sup> Verwaltungsbericht 1948–1952, 25.
- <sup>42</sup> Tätigkeitsbericht des Stadtrates 1946, 13 (StADegg). Im November 1947 waren noch 65 Wohnungen mit 312 Zimmern beschlagnahmt, außerdem noch 14 Wohnungen mit 124 Zimmern von UNRRA-betreuten Ausländern belegt. Zusätzlich gab es noch Wohnraum für 3000 Menschen, der erst später verfügbar wurde; im Oktober lebten hier 1600 Menschen (NN 7.11.1947). Erst im Juli 1948 kündigte die Militärregierung die Freigabe von sechs beschlagnahmten Häusern und des Elisabethenheims an. Dies brachte nur wenig Erleichterung der Wohnungssituation, weshalb die Stadt, wie schon häufig zuvor, forderte, weitere Häuser freizugeben.
- <sup>43</sup> Tätigkeitsbericht der Stadt Deggendorf 1946, 2 und PNP 5/1947. Durch Neubauten waren 5 Wohnungen mit 22 Räumen entstanden, 11 mit 33 Räumen durch Wiederaufbau zerstörter Häuser, 5 mit 15 Räumen durch den Ausbau von Dachgeschossen und 10 mit 22 Räumen „durch Erstellen von Baracken“. Diese Zahlen weisen darauf hin, daß nicht jeweils eine „Wohnung“ an Flüchtlinge vergeben wurde, sondern jeweils durchschnittlich ein Wohnraum an 3,26 Personen! – Noch Ende 1949 verfügte jeder Bewohner über lediglich 3,7 qm Wohnraum, also über einen Raum von ca. 1,9 mal 1,9 Meter. Rund 10000 Wohnräume sollten damals für 12000 Einheimische, 3400 Flüchtlinge, 700 Evakuierte und 400 Ausländer genügen (DD 13/1949). Im Verwaltungsbericht der Stadtverwaltung wurde allerdings für den 1.7.1948 5,92 qm Wohnraum pro Person bzw. eine statistische Belegung eines Wohnraumes mit 1,68 Personen angegeben. Diese Zahlen erhöhten bzw. erniedrigten sich kontinuierlich bis zum Jahresende 1951 auf 7,15 qm bzw. 1,52 Personen pro Wohnraum (Verwaltungsbericht 1948–1952, 25).
- <sup>44</sup> Tätigkeitsbericht 1946, 3 f.
- <sup>45</sup> Protokollbuch des Stadtrates Deggendorf 1948, 280; PNP 98/1949. Vgl. dazu auch Knappik, wie Anm. 1, 5 ff. Die Stadt erwarb 520 Anteile zu je 100 RM, die auf 60,- DM umgestellt wurden.
- <sup>46</sup> 1948 bis Ende 1951 stellte die Stadt 3,7545 ha Grund zur Verfügung (Verwaltungsbericht 1948–1952, 25). Der Preis der Grundstücke wurde durch städtische Subvention von 50 DM auf 30 DM pro Dezimal verringert (Protokollbuch 1948, 280).
- <sup>47</sup> PNP 98/1949.
- <sup>48</sup> Sitzungen des Stadtrates Nr. 7/1950; vgl. Knappik, wie Anm. 1, 16. und NN 23.9.1948.
- <sup>49</sup> Verwaltungsbericht 1948–1952, 25. Eine umfassende Untersuchung über jegliche Bautätigkeit nach 1945 kann hier nicht geleistet werden. So konnte z.B. 1947 auch der Flüchtlingskommissar 15 Plätze für die Siedlung „Am Himmelreich“ für Flüchtlinge vergeben ohne Mitwirkung des Städtischen Flüchtlingsamtes (Sitzungen des Stadtrates Nr. 82/1947, zitiert bei Knappik, wie Anm. 1, 8).
- <sup>50</sup> Vgl. die Lokalzeitung „Der Deggendorfer“ 5.2.1949 und 3.3.1949, ebenso den Verwaltungsbericht 1948–1952, 26; PNP 15, 23, 25, 148/1949. Vgl. auch Knappik, wie Anm. 1, 5 f.
- <sup>51</sup> DD 35/1950.
- <sup>52</sup> Verwaltungsbericht 1948–1952, 26.
- <sup>53</sup> NN vom 29.6. und 2.7.1948. Eine Antwort auf diesen Artikel gab der Vorsitzende des „Jewish Committee“ der Alten Kaserne in der Ausgabe vom 20.7.1948. Vgl. auch: StADegg, Akt Verschiedenes 1943–1947: Wochenbericht des Stadtrats an die Militärregierung. Die Geschichte der Displaced Persons scheint nicht nur in Deggendorf bis heute verdrängt zu werden und ist häufig mit negativen Emotionen beladen. Gerade aus diesem Grund habe ich nicht darauf verzichtet, im Anhang einige der vielen Zeitungsartikel über die Schwarzmarktaktivitäten im Landkreis mit aufzunehmen, die bei der desolaten Situation der Lagerbewohner nur zu verständlich sind (vgl. auch Anm. 57 und 106–108). Ein bemerkenswerter Anfang, diesen Teil der Geschichte aufzuarbeiten, wurde in Deggendorf mit der Ausstellung des Fritz Bauer Instituts, Frankfurt, vom 11. März bis zum 2. Mai 1999 im Stadtmuseum gemacht (vgl. Anm. 5).
- <sup>54</sup> PNP 143/1949; DD 21/1949 (Drei Gebäude für Flüchtlinge); DD 4 und 5/1949; außerdem sollten Behörden und Industriebetriebe untergebracht werden (DD 1/1949); DD 48/1949: „Schulraumnot in Deggendorf. Die Lösung kann nur die ‚Neue Kaserne‘ bringen“. Im Deggendorfer Donauboten 36/1950 ist von 60 Neubauwohnungen statt der Unterkünfte in der Neuen Kaserne die Rede.

- 55 DD 69/1950.
- 56 24 Wohneinheiten Typ Einf. 1, 24 GZ 1; Gesamtkosten: 580000 DM (BayHStAM, Marb, Landesflüchtlingsverwaltung, Nr. 1206). Die IRO-Angehörigen sollten aus Hohenfels, Lands- hut, Ingolstadt und Hochfeld (Schwabem) kommen. Insgesamt waren für das „DP-Wohnungsbauprogramm“ in Bayern 3306 neue Wohnungen geplant. Das Programm war auch unter dem Namen „Nansen-Häuser“ bekannt, nach dem Polarforscher Fridtjof Nansen 1861–1930), der seit dem Ersten Weltkrieg als Hochkommissar für Flüchtlinge des Völkerbundes große internationale Hilfsaktionen leitete.
- 57 Wie Anm. 56. Auch die Landgemeinden des Kreises Deggendorf schlossen sich dieser Reso- lution am 19.4.1951 an. Die Stimmung im Landkreis war damals gegenüber ausländischen Flüchtlingen sehr negativ, da es im Lager Winzer im Januar d. J. zu Auseinandersetzungen gekommen war (s. u.). Dieses Lager wurde deshalb „von diesem Ort und den umliegenden Gemeinden als starke Belastung empfunden“.
- 58 Schreiben an Dr. Oberländer, wie Anm. 56.
- 59 Verwaltungsbericht 1948–1952, 27.
- 60 Süddeutsche Zeitung 3./4. 11.1951. Vgl. auch DD 12.6.1951; 1./20./22./24.11.1951; PNP 17./18. 11.1951.
- 61 Wie Anm. 56.
- 62 Übersetzung eines Berichts des American Jewish Joint Distribution Committee Staff des Öst- lichen Militärdistriktes der 3. Amerikanischen Armee in Pasing vom 21.10.1945 (B. Petschek- Sommer, wie Anm. 5, 293).
- 63 Wie Anm. 5, 295.
- 64 Wie Anm. 5, 306. Am 20. 8. gab die Militärregierung die Kaserne frei, die am 31. 8. wieder in den Besitz des Bayerischen Staates übergang. Das etwa 24 ha große Gelände mit 30 Gebäuden und Schuppen sollte den Wohnungsmarkt fühlbar entlasten (DD 1/49).
- 65 BayHStAM, Marb, Landesflüchtlingsverwaltung 971.
- 66 DD 49, 50, 52/1949.
- 67 PNP 85/1949.
- 68 DD 28/1950.
- 69 DD 52/1949.
- 70 Verwaltungsbericht 1948–1952, 25. Im einzelnen wurde angegeben: 1948: 62 private Neu- bauten; 1949: 248 (durch Neubauten: 26; Wohnungsgenossenschaft: 46; Stadt: 8; Staat [Umbau der Alten Kaserne u. a.]: 168); 1950: 164 (privat: 28; Wohnungsgenossenschaft: 136); 1951: 157 (privat: 41; Wohnungsgenossenschaft: 66; Staat: 50).
- 71 Verwaltungsbericht 1948–1952, 24. 1948 wurden in einem Bericht an die Militärregierung ca. 500 Wohnungssuchende genannt, da es immer mehr Neuzuzüge wegen der Familienzusam- menführung gab (StADegg, 1943–1947). Durch die Freigabe der Alten Kaserne verringerte sich die Zahl auf 300.
- 72 Prinz, wie Anm. 1, 41.
- 73 Bernhard Taubenberger, Vorwärts und Freiheit! Zur Geschichte der Sozialdemokratie in Osterhofen, Osterhofen 1996, 41 ff. Vgl. auch dazu PNP 42, 46, 70/1946; 20, 23, 35, 56, 57/1947; 50/1949; NN 17.10 und 2.12. 1947 sowie Karl-Ulrich Gelberg (Bearbeiter), Die Pro- tokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954, München 1995–2000 (Register).
- 74 PNP 23/1947: 5000–6000; PNP 35/1947: 6000–8000; Taubenberger, wie Anm. 73, 44: bis zu 18000 Menschen.
- 75 PNP 23, 35/1947. Nach Taubenberger, wie Anm. 73, 44 war die Gründung erst am 4. Mai 1947.
- 76 Nach Taubenberger, wie Anm. 73, 45 verabschiedeten 1200 Besucher einer Kundgebung in Vilshofen am 22. Juni 1947 die „Neuheimer Resolution“: der Landtag sollte den Bau der Flüchtlingssiedlung genehmigen. Wenn es keine Verwechslung mit der oben angeführten Kundgebung vom 29. September 1946 ist, wurde über diese Versammlung in den verschiede- nen Lokalzeitungen offensichtlich nicht berichtet.
- 77 StADegg, Akt Verschiedenes 1943–1947 und PNP 6/1947. Über ihr weiteres Schicksal in Mainkofen, wo sie vielleicht unter den Pflegenden waren, die „aller Wahrscheinlichkeit nach getötet wurden“ vgl. Hans Kapfhammer, Geschichte des Krankenhauses, in: 80 Jahre Bezirks- krankenhause Mainkofen. Geschichte und Gegenwart, Mainkofen 1991, 39–42 und Michael

Flüchtlinge nach 1945 im Landkreis Deggendorf schreiben. Zu Fiebig vgl. Helmut Gärtner, Deggendorfer Originale, Band 2, Grafenau 1998, 155–118.

<sup>120</sup> PNP 143/1949.

<sup>121</sup> Gründung des Kreisverbandes: DD 3/1950.

<sup>122</sup> PNP 94/1947; DD 27/1949.

<sup>123</sup> Verwaltungsbericht 1948–1952, 12 f.: 24 994 Stimmen (CSU: 25 443; Bayernpartei: 44 444); PNP 43/1948: 26 % aller unverändert abgegebenen Stimmen für den Neubürgerbund. Im Kreistag hatte die CSU die Mehrheit.

<sup>124</sup> DD 27, 28/1949; NN 18.9.1948; PNP 77, 83/1948, 8/1949.

<sup>125</sup> Kulturverein Deggendorf e.V., Festschrift zum 35jährigen Bestehen, 1948–1983 mit vielen Beispielen. Einige Beispiele auch aus dem Deggendorfer Donauboten und der PNP. Es wäre lohnend, die Lokalzeitung der Nachkriegszeit auf alle kulturellen Veranstaltungen hin zu untersuchen.

<sup>126</sup> PNP 108/1949.

<sup>127</sup> PNP 29/1947.

<sup>128</sup> Brantl, wie Anm. 94, 113; PNP 108/1949. Zahlreiche weitere Beispiel in den Lokalzeitungen.

<sup>129</sup> Bruckmann, wie Anm. 11, 289.

<sup>130</sup> Lehmann, wie Anm. 2, 235.

<sup>131</sup> Vgl. dazu: Wolfgang Zeitler, Keinem von uns ist Gott fern. Zur Geschichte der Spätaussiedler, in: Bruckmann, wie Anm. 11, 317–337.

<sup>132</sup> PNP vom 27.9.1949; DD 12/1949 (vgl. Abb.).

<sup>133</sup> Dazu die Unterlagen im StADegg.

<sup>134</sup> Nach Prinz, wie Anm. 1, 34.

## Aufruf!

# Seid Kameraden!

Wir durchleben eine sehr schwere Zeit, gewiß die schwerste, die uns seit Jahrhunderten auferlegt wurde. Wir werden diese Zeit nur meistern und uns aus dem derzeitigen Tiefstand nur erheben, wenn wir freu zusammenstehen. Mit anderen Worten: wir müssen gute Kameraden sein!

### Seid Kameraden in der Arbeit!

Wohin wir sehen, sehen wir Arbeit. Unsere Häuser und Wohnungen haben im Kriege Wunden, zum Teil schwerste Wunden davongetragen. Es gilt wieder aufzubauen. Schon jetzt muß der Baustoff geschaffen werden. Die sonst dafür eingesetzten Hände können nicht ausreichen, um in einem Menschenalter das wieder aufzubauen, was der Krieg niederrief. Alle Hände müssen zupacken, sollen in absehbarer Zeit unsere Häuser auch nur zum Teil wieder ersehen. Unsere ganze Industrie liegt darnieder. Jeder ihrer Zweige ist ein wichtiges Glied in der Maschinerie des ganzen Staates. Arbeitet, wo ihr könnt! Die meisten — aber beileibe nicht alle — haben begriffen, daß für den kommenden Winter die Holzarbeit das Wichtigste war und ist. Es mußte kindisch an, wenn jetzt plötzlich Leute kommen, und Holz zum Einheizen wünschen, die im Sommer nur von Liebe leben zu können glaubten. Diese mögen ruhig frieren! Sie verstehen unsere Zeit nicht. Sie sind nicht Kameraden! Sie wollen nur andere für sich arbeiten lassen. Helft arbeiten, wo ihr nur könnt! Nur dann verdient ihr das Leben und das Brot, das ihr eßt!

### Seid Kameraden in der Wohnung!

In Deggendorf haben die meisten schon begriffen, daß es jetzt heißt: zusammenrücken! Es kann sich jeder selbst ausrechnen, daß jetzt auf unseren Wohnraum etwa die doppelte Zahl von Personen treffen muß als früher. Schuld daran sind die zerstörten Gebäude und die Rückwanderung aus den verlorenen Gebieten. Dieses Zusammenrücken gilt besonders für die, die in Parteibegeisterung zu irgend einer Zeit sich zu Mitschuldigen an unserer jetzigen Lage machten. Diese mögen bedenken, daß auch durch ihre Schuld viele um Heimat und Heim und Habe gekommen sind. Die Geschädigten, besonders dann, wenn sie selbst keine Schuld an unserer Lage trifft, haben ein Anrecht, daß die Schuldigen ihnen soweit als möglich ersetzen, was sie verloren haben. Es ist keine Schuffelei, wenn solche namhaft gemacht werden, die hier noch nicht in dem verdienten Maße herangezogen werden. Die sich schuldig wissen, mögen aber, wenn sie überhaupt anständige Charaktere sein wollen, freiwillig die höchsten Opfer auf sich nehmen. Nur so können sie würdig eingehen in die neue wahre Volksgemeinschaft.

### Seid Kameraden in der Kleidung!

Das Wort der Schrift: Wer zwei Mäntel hat, gebe dem einen, der keinen hat — hat wohl zu kei-

ner Zeit eine größere Befriedigung gehabt als in unserer Zeit. Jetzt muß die Sammlung des Roten Kreuzes für den Winter. Gebe jeder soviel er kann! Wieder gilt diese Aufforderung besonders für die früheren Parteigenossen! Sie sind es ja mit gewesen, die viele ihrer Kleider beraubten und die mit dazu beitrugen, daß jetzt die Bekleidungsindustrie darniederliegt. Noch nie gab es so viele, die keine warmen Winterkleider haben, wie in unserer Zeit. Es ist unmöglich, daß unsere Textilgeschäfte in der Lage sind, auch nur einen Teil des Benötigten zu erzeugen. Die Textilindustrie ist ja ebenso zerschmettert wie die anderen Industrien. Die Bekleidungsstellen unserer Aemter sind in hoffnungsloser Lage. Kameradschaftliche Hilfe von Mann zu Mann ist not!

### Seid Kameraden in der Gesinnung!

Machen wir uns keine Illusionen! Unsere Besatzungstruppen schämen es nicht hoch ein, wenn wir uns gegenseitig in läppischer Weise anklagen! Wer seine Ohren aufmacht, wird wissen, daß sie uns deswegen vielmehr verlachen. Alle Welt lacht jetzt schon darüber, daß es auf einmal in Deutschland keine Nazis mehr gibt! Keiner, und hätte er früher vor lauter „Heil Hitler“-Geschrei den Mund nicht mehr zugebracht, will jetzt davon mehr etwas wissen! Jeder schimpft den anderen einen „Nazi“! Wer sich offen zu seiner früheren Einstellung bekennt, verdient größere Achtung, als der, der plötzlich alle seine Schuld ablegen will. Vor kurzem hat ein Deggendorfer in einem Gedichtchen sich lustig gemacht darüber, daß vor allem die, die über eine nicht mehr überprüfbare Grenze gekommen sind, so ganz und gar keine Nazis gewesen sein wollen, obwohl wir in Bayern im Rundfunk einen unparteiischen Zeugen haben, daß man „droben“ und „drüben“ oft schwer den Parteigrößen zuiubelt.

Wir verlangen Bekennermut! Wir verwerfen Unkameradschaftlichkeit der Gesinnung. Es ist beläulich, daß sich immer ein „Nichtparteiliger“ findet, der einen freigewordenen Posten kaltföhlend einnimmt, obwohl sein Gewissen ihn nicht immer freisprechen kann. Bekennermut! Jeder weiß es doch selbst am besten, wie es in seinem Innern aussieht. Wie soll denn Gerechtigkeit, die Grundlage jedes Gemeinwesens, bestehen können, wenn jeder offene Ungerechtigkeit auf sein Gewissen laden kann? Ein offenes Wort auch zum Thema KZ. Der echte unschuldig gequälte KZ-ler hat ein Recht darauf, daß seine Ehre nicht durch den anderen Bruder, der durch eine erhebliche Schuld ins KZ kam, verdunkelt wird. Auch hier Kameradschaft der Gesinnung! Die Aemter haben es nicht leicht, jedem gleich ins Herz zu sehen.

Kameraden in jeder Form: ans Werk zum Wiederaufbau unseres Volkes!

Maderer.

Amtsblatt 20/1945